Berlin holt sich seine Wohnungen zurück! – *Seite 2*

Berliner Morgenrot

In näherer Zukunft Nr. 7 VDS - 0. Jahrgang www.berliner-morgenrot.org Preis: ~~1,40~~ € stattdessen: Für Alle - umsonst

AB JETZT FÜR ALLE GRATIS

„Weil wir dich lieben“: BVG zum Nulltarif

Von Mustafa Amra

Gute Nachricht für alle BerlinerInnen: Ab sofort ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kostenlos. Die neue Regelung tritt am heutigen Montag in Kraft und gilt für sämtliche Busse und Bahnen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sowie für die Berliner S-Bahn. Auch die kostenfreie Fahrradmitnahme ist ab sofort möglich.

BVG und S-Bahn setzen damit eine Anweisung des Berliner Senats um. Nahverkehr sei ein Gemeingut und solle von allen genutzt werden können, heißt es in dieser. Berlin folgt damit der estnischen Hauptstadt Tallinn, wo der ÖPNV seit 2013 kostenlos ist.

Dr. Sigrid Evelyn Nikutta,
ehemalige BVG-Chefin und Visionärin

Niemand sollte wegen Armut auf Mobilität verzichten müssen“, erklärte BVG-Sprecherin Petra Reetz bei einer Pressekonferenz.

„Wir begrüßen daher die Entscheidung des Senats für einen Nahverkehr zum Nulltarif.“

Die BVG hatte sich bis vor kurzem gegen diesen Schritt ausgesprochen, weil man um die mehr als 600 Millionen Euro Fahrkarteneinnahmen fürchtete. Angesprochen auf diesen Sinneswandel sagte Reetz: „Wir waren in der Vergangenheit skeptisch. Mittlerweile sehen wir aber, dass die Mittel von der öffentlichen Hand aufgebracht werden können.“ Allein der gestoppte Ausbau der Stadtautobahn A100 habe 500 Millionen Euro freigemacht. Mittelfristig soll der kostenlose Nahverkehr durch die Umverteilungssteuer gegenfinanziert werden.

Von der neuen Regelung profitieren einerseits die BerlinerInnen: Der Geldbeutel wird entlastet und die langen Warteschlangen am Ticketautomaten haben ein Ende, ebenso die Angst vor der Fahrkartenkontrolleurin. Andererseits profitiert auch die Umwelt: Busse und Bahnen verursachen pro Kopf deutlich weniger Abgase als Autos.

Der kostenlose Nahverkehr ist Teil eines Maßnahmenpakets, das die Stadt ökologischer machen soll: Neben dem Neubau zahlreicher Radschnellwege wurde auch beschlossen, den Bezirk Mitte für den Autoverkehr komplett zu sperren.

Im Voraus bezahlte Monats- und Jahreskarten können sich die Fahrgäste erstatten lassen. „Warum? Weil wir dich lieben!“, kommentierte Reetz mit einem Augenzwinkern. Bei Fragen zum Thema Rückerstattung sollen sich die Fahrgäste an die Telefon-Hotline der BVG wenden: ***(030) 19449.***

Tagesthema 2
Politik 3
Wirtschaft 6
Feuilleton 7

Impressum: AG Besseres Morgen
der Interventionistischen Linken Berlin.
Allgemein: www.interventionistische-linke.org
E-Mail: berlin@interventionistische-linke.org
Auflage: 30.000 Ex. ***In naher Zukunft.***
V.i.S.d.P.: Camilo Torres, Neue Welt 17,
10247 Berlin

Nulltarif kommt zügig

Ticketautomaten werden überflüssig, BVG ab sofort kostenlos.

Demnächst nur noch als Ausstellungsstück im Museum: Fahrkartenautomaten der Berliner Verkehrsbetriebe. Foto: Meike Labrich

Staatschefs gratulieren sich zu Grenzöffnung

Die Afrika-Partnerschaftskonferenz der G20 beschließt effektives Vorgehen gegen Schleuser

Von Mischa Arendt

Die äußeren Grenzen Europas werden für den Personenverkehr geöffnet. Dies beschloss am Sonntagabend die Afrika-Partnerschaftskonferenz der G20, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. So sollen zukünftig humanitäre Katastrophen im Mittelmeer verhindert werden.

„Die massive Abschottung der Außengrenze hat MigrantInnen und Flüchtende über Jahrzehnte gezwungen, ihr Leben zu riskieren“, heißt es in dem Beschluss, mit dem sich die europäischen Staaten auch dazu verpflichten, das Stellen von Asylanträgen auch in Botschaften zu ermöglichen. „Sie mussten sich unter gefährlichen Bedingungen nach Europa durchschlagen. Viele mussten sich in die Hände skrupelloser Schleuser geben.“

Denen solle der Paradigmenwechsel nun das Geschäftsmodell entziehen, zeigt man sich zuversichtlich. Zu den TeilnehmerInnen gehörte neben Merkel auch Außenminister Sigmar Gabriel sowie die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und Italien.

Die massive Abschottung der Außengrenze hat MigrantInnen und Flüchtende über Jahrzehnte gezwungen, ihr Leben zu riskieren

Während der Tagung entschlossen sich die europäischen Staaten, als ersten Schritt das im Vorjahr mit der Türkei getroffene Abkommen zur Migrationskontrolle aufzuheben. „In der Türkei kann die Sicherheit der Flüchtlinge nicht garantiert werden“, äußerte Frankreichs Premierminister Édouard Philippe nach dem Beschluss. Die Vereinbarung stand bereits seit längerem in der Kritik, ProAsyl sprach nach dem Abschluss von „rechtslosen Zuständen“ und wies darauf hin, dass die aus Europa abgeschobenen Flüchtlinge in der Türkei inhaftiert werden.

Mit der Abschlusserklärung skizzierten die teilnehmenden Länder das weitere Vorgehen. „Der Kolonialismus wirkt bis heute fort“, heißt es dort. „Wirtschaftliche Ausbeutung und kriegerische Intervention kennzeichnen auch heute noch das Verhältnis europäischer zu afrikanischer Staaten“. Wolle man den Problemen der afrikanischen Staaten auf den Grund gehen, sei es unausweichlich, sich mit der Rolle der europäischen Staaten auseinanderzusetzen. Im Juli soll daher mit der Europakonferenz in Kinshasa der nächste Schritt gemacht werden. Dort sollen Fluchtursachen wie Rüstungsexporte und wirtschaftliche Abhängigkeit in Angriff genommen werden.

E D I T O R I A L

Zeiten des Aufbruchs

Von Maura Nibet

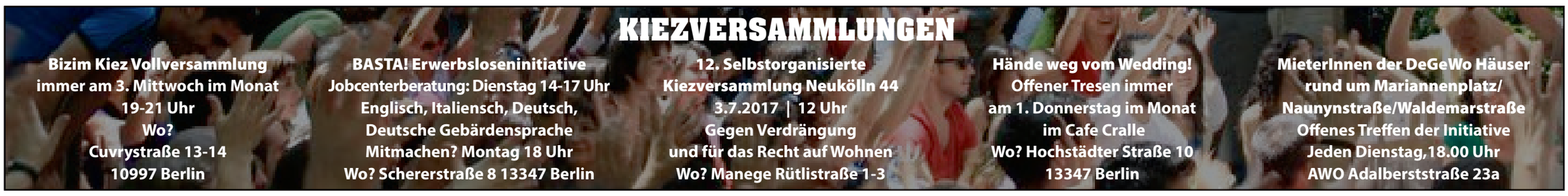
Die letzten Tage waren ereignisreich, es gibt wieder so viel Bewegung in der Stadt, wie es nur Berlin im Sommer kann. Neben den erfreulichen Ergebnissen der G20-Afrikakonferenz ist auch stadtpolitisch viel passiert: So wird in Berlin die Umsetzung des Rechts auf Wohnen mit großen Schritten vorangetrieben. Heute veranlasste der Senat die Abschaffung des privaten Wohnungsmarktes. Damit wurde nun ein erster Meilenstein in diesem Feld gelegt. Das nehmen wir zum Anlass noch ein Mal auf die Ereignisse der letzten Jahre zurückzublicken. Lesen Sie dazu auf Seite 2 unser Tagesthema. Zudem wurden weitere entscheidende Neuerungen auf Landesebene heute offiziell bestätigt: Das Gesetz zum Bedingungslosen Grundeinkommen tritt ab heute in Kraft. Berlin kann sich ebenfalls ab heute „Solidary City“ nennen. Was das alles genau bedeutet, haben wir auf Seite 3 in der Rubrik „Politik“ für unsere LeserInnen zusammengefasst. Auf Seite 4 finden Sie die Rubrik „Internationales“. Wir berichten von den Vorbereitungen des nächsten Treffens der EU-Kommission, die schon jetzt einen Paradigmen – Wechsel verheißen. Außerdem lesen Sie hier die Dokumentation der Delegationsreise nach Rojava. Aber auch Ihre Meinung ist uns wichtig: Wir haben auch in dieser Ausgabe wieder zahlreiche Leserbriefe auf Seite 5 abgedruckt. Im Wirtschaftsteil informieren wir sie über den aktuellen Bericht der Berliner Kommission für Vergesellschaftung. Zudem interviewten wir Silke Hatmahl, Krankenschwester und Vorsitzende der neuen Gesundheitskommission zu den Neuerungen im Gesundheitssektor (Seite 6). In unserem Feuilleton können sie ein Interview mit Till Schweiger lesen und sich über Kunst und Kultur in der Stadt informieren. Schwerpunkt ist die heute eröffnete Ausstellung zu utopischen Wohnkonzepten. Auf der letzten Seite finden Sie die aktuellen Veranstaltungstipps der Redaktion sowie ein Überraschungs-Interview zum Thema Klima. Unsere Astrologin hat für Sie zudem wieder tief in die Sterne geschaut.

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe.

WETTER

Bessere Zeiten in Sicht.

BERLIN: Sonnig und heiter.
Das Wetter finden Sie auf ***Seite 2.***



KIEZVERSAMMLUNGEN

Bizim Kiez Vollversammlung
immer am 3. Mittwoch im Monat
19-21 Uhr
Wo?
Cuvrystraße 13-14
10997 Berlin

BASTA! Erwerbsloseninitiative
Jobcenterberatung: Dienstag 14-17 Uhr
Englisch, Italiensch, Deutsch,
Deutsche Gebärdensprache
Mitmachen? Montag 18 Uhr
Wo? Schererstraße 8 13347 Berlin

12. Selbstorganisierte
Kiezversammlung Neukölln 44
3.7.2017 | 12 Uhr
Gegen Verdrängung
und für das Recht auf Wohnen
Wo? Manege Rütlistraße 1-3

Hände weg vom Wedding!
Offener Tresen immer
am 1. Donnerstag im Monat
im Cafe Cralle
Wo? Hochstädter Straße 10
13347 Berlin

MieterInnen der DeGeWo Häuser
rund um Mariannenplatz/
Naunynstraße/Waldemarstraße
Offenes Treffen der Initiative
Jeden Dienstag,18.00 Uhr
AWO Adalberststraße 23a

Tagesthema

NACHRICHTEN

Taekker/Residea meldet Insolvenz an

Die Umstrukturierung des Berliner Wohnungsmarktes hat dazu geführt, dass sich eine mieterfeindliche Wohnungspolitik nicht mehr lohnt. Das ist gut für die Millionen von MieterInnen Berlins – und schlecht für den dänischen Immobilienkonzern Taekker/Residea. Er hat gestern Insolvenz angemeldet. Seiner Praxis, massenhaft günstige Wohnungen aufzukaufen, um sie dann ohne Renovierung zu horrenden Preisen zu verkaufen, ist damit ein Ende gesetzt. Folgen dieses Vorgehens waren, dass viele eingesessene MieterInnen ihre Wohnungen verlassen und Eigentumswohnungen weichen mussten. Die BewohnerInnen der Lause10 laden dieses Wochenende zu einer Feier ein, um die Insolvenz zu feiern.

Berliner Schloss wird eine WG

Die „Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum“ verkündete gestern die Änderung ihre Pläne. „Wir haben uns entschieden, den Ausbau des Schlosses zu beenden. Das Humboldtforum wird einem Studentenwohnheim weichen“, so Monika Grütters. Die Entscheidung wurde unter dem Druck kritischer Studierender getroffen. Sie forderten bezahlbaren Wohnraum in zentraler Lage.
Das Berliner Schloss wurde umgebaut, um Ausstellungen über außereuropäische Kulturen zu beherbergen. Dem Projekt wurde Geschichtsvergessenheit vorgeworfen, da ein Großteil der Ausstellungsstücke in der Zeit des Deutschen Kolonialismus geraubt worden war.

Klatsch und Tratsch
AfD – Frauke und ihr Bart

Petry kann nach dem Arztbesuch zumindest kurz aufatmen.
Foto: JouWatch

Wie bekannt wurde, unterzieht sich die AfD-Frontfrau Frauke Petry regelmäßig ärztlichen Behandlungen zur Entfernung ihres Quadratbärtchens, im Volksmund auch „Hitlerbart“ genannt. In einem Interview mit der „Welt“ hatte der behandelnde Arzt über die Eingriffe gesprochen: „Frau Petry ist seit Beginn ihrer Parteikarriere regelmäßig in meine Praxis gekommen, um den immer deutlicher werdenden Bartschatten unter ihrer Nase zu bekämpfen. Ich habe ihr zu erklären versucht, dass der Hitlerbart Ausdruck ihrer Gesinnung ist – und, solange sie sich nicht mit ihrem Hass auf Fremde auseinandersetzt, immer wieder zutage treten wird. Leider vergeblich.“

Henkel ausgewandert!

Vielen wird er noch in Erinnerung sein: Frank Henkel, von 2011 bis 2016 Innensenator des Landes Berlin. In seiner Amtszeit glänzte der CDU-Politiker vor allem durch die Räumung der Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße – der teuerste Polizeieinsatz eines Bezirks in der Geschichte Berlins. Nun veröffentlichte er eine reumütige Videobotschaft: Zu sehen ist Henkel am Strand in Mallorca. Er entschuldige sich bei allen und werde nun durch ein Leben fernab der Großstadt versuchen, doch noch ein besserer Mensch zu werden. Durch regelmäßige Videobotschaften will er seinen Weg dokumentieren.

Wohnen innerhalb des Ringes können sich jetzt wieder alle leisten. Am Kottbusser Tor begannen damals die Proteste. Bild: Jonathan Zucker

Abschied von einem Auslaufmodell

Senat und Kiezversammlungen einigen sich auf ein Recht auf Wohnen – das bedeutet das Ende des privaten Wohnungsmarkts.

Von Wilhelm Millowitsch

Nichts Geringeres als die „Abschaffung des privaten Wohnungsmarktes“ verlangten radikale Proteste in Berlin am Höhepunkt der Konflikte vor einigen Jahren. Nun ist es geschafft: Die Kiezversammlungen einigten sich heute mit dem Senat auf die endgültige Durchsetzung des „Rechts auf Wohnen“.

Zunehmende Wohnungsnot und ein Versagen von Scheinlösungen wie der gescheiterten „Mietpreisbremse“ von 2015 hatten die Grundsatzfrage gestellt: Warum leisten wir uns diesen privaten Wohnungsmarkt? Kann öffentliches Eigentum das nicht besser und billiger? Eine Kampagne begann – und siegte: Mit der Überschreitung der Schlüsselmarke von 89,67% öffentlichem Eigentum zum Januar dieses Jahres kann der private Wohnungsmarkt als überwunden gelten. Unser Rückblick zeigt eine unglaubliche Erfolgsgeschichte.

Privatwirtschaft kann Bedürfnis nach Wohnraum nicht stillen

Seit der Finanzkrise von 2008 machte sich in der Hauptstadt Wohnungsnot bemerkbar: Niedrige Zinsen und flatterhafte Aktienkurse trieben Investoren aus aller Welt dazu, Immobilien in Berlin aufzukaufen. Der Wohnungsmarkt galt als sicherer Hafen, in dem man immer höhere Preise verlangen konnte. Für die MieterInnen der Hauptstadt begann damit eine Zeit der Unsicherheit. Mietsteigerungen, Verdrängung, ein Ansteigen von Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit waren die Folge. Kurz: Wohnungen in Berlin wurden immer teurer und immer weniger konnten sich sie leisten. Obwohl die Politik lange abwiegelte, nahmen die Konflikte zu. Initiativen wie Kotti & Co oder die MieterInnen der Otto-Suhr-Siedlung in Kreuzberg forderten die Re-Kommunalisierung ihrer einst mit staatlichen Fördergeldern erbauten Siedlungen. Auch der Mietenvolksentscheid des Jahres 2015 schlug in dieselbe Kerbe: Ein Wohnraumförderfonds sollte durch Ankauf und Neubau öffentliche Wohnungsbestände ausweiten. Der Entwurf konnte allerdings durch die geschickte Strategie des damaligen Senats nur teilweise in Gesetzesform gegossen werden. Auch in den Folgejahren wuchs der öffentliche Wohnungsbau nur ungenügend an – es fehlte das Geld. Das private Immobilienkapital sparte hingegen nicht – Ankäufe, Aufkäufe, Umwandlung in Eigentum und Weiterverkäufe zu Höchstpreisen heizten die Spekulationsblase in den folgenden Jahren noch an. „Der Zuzug und die akute Wohnungsnot sorgten dafür, dass die Menschen gezwungen waren, die hohen Preise für ein Dach über dem Kopf zu bezahlen. VermieterInnen konnten sich alles erlauben und die Mieten stiegen und stiegen. Einige meiner FreundInnen mussten sogar ausziehen und sich billigere Wohnungen suchen. Es wurde einfach zu teuer für sie.“, sagt Fabienne du Vinage von der Berliner Mietergemeinschaft. Diese setzt sich für die Rechte von MieterInnen ein.

Schritt für Schritt stellten die MieterInnen fest, dass Re-Kommunalisierung zwar notwendig war, aber nicht ausreichte, um die Probleme wirksam und nachhaltig zu lösen. Ihr neues Ziel war die Abschaffung des privaten Wohnungsmarktes. Deshalb forderten sie eine Überführung des gesamten Berliner Wohnungsmarktes in öffentliches und selbstverwaltetes Eigentum.

Umsetzung trotz Kritik

Diese Vorstellungen stießen anfangs auf harschen Widerstand (die Berliner Morgenrot berichtete).

„Betonkommunismus und DDR-Romantik“ warf FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja den Mieterinitiativen vor. „Ordnungspolitisch eine Todsünde“, sei das Programm – so die Vorsitzende der CDU, Monika Grütters.

Doch trotz aller Vorbehalte wurden schließlich erste Maßnahmen umgesetzt. Als ein Skandal über Bestechungsgelder aus der Immobilienwirtschaft an MitarbeiterInnen der Senatsverwaltung bekannt wurde, reichte es vielen BewohnerInnen der Stadt endgültig: Sie starteten in Rekordzeit einen Mietenvolksentscheid 2.0. Dieser forderte „Sand ins Getriebe der privaten Immobilienwirtschaft“. Maßnahmen waren eine Verdoppelung der Grunderwerbssteuer, eine Sondersteuer in Höhe von 25% auf sämtliche Immobiliengewinne und eine Luxuswohnsteuer auf Eigenheime und Mietwohnungen in den obersten Preissegmenten. Alle Einnahmen sollten in den öffentlichen Wohnungsbau fließen. Neubau im Luxussegment war damit nicht mehr profitabel und die Grundstückspreise sanken. Während öffentliche Akteure und Genossenschaften – befreit von den Sondersteuern – endlich wieder günstigen Baugrund fanden, folgte auf dem privaten Markt der Kollaps. Die Deutsche Wohnen AG (DW) - mit damals 100.000 Wohnungen Berlins größter Vermieter – geriet ins Wanken. Mit dem Verfall der Grundstückspreise sank das Eigenkapital des Unternehmens schlagartig. Nur eine Bundesbürgschaft konnte die Insolvenz abwenden: 89% der Kleinaktionäre stimmten für die Übernahme der Deutschen Wohnen durch den Bund.

Die Mieterinitiativen fordern Mitspracherechte

Diese „Rettung“ wäre – ähnlich wie jene der Commerzbank einige Jahre zuvor – politisch folgenlos geblieben, hätte es nicht die „Wir sind systemrelevant!“-Bewegung gegeben. Sie setzte sich aus MieterInnen der Deutsche Wohnen zusammen. Sie forderten eine Übertragung sämtlicher DW-Wohnungen in Landeseigentum und setzten sich zudem für mehr Mitspracherechte ein. „Wir wussten, dass nur so alle ein würdevolles Leben in Berlin haben könnten“ so Ismail Mousa von der Neuköllner Kiezversammlung. Zahlreiche Wohnungssuchende unterstützten die Initiative. Ein Grund dafür war, dass die Wohnungsnot nach wie vor nicht überwunden war. „Obwohl die Immobilien- und Grundstückspreise fielen, waren die Mieten nicht gesunken“, blickt Mousa zurück: „Also ging der Protest weiter, zusammen mit Menschen ohne und mit Aufenthaltsstatus.“ Eine Mietpreisobergrenze war vor dem Landesverfassungsgericht gescheitert und die ImmobilienbesitzerInnen wollten gerade wegen des Wertverlustes ihrer Wohnungen nicht auf Einnahmen verzichten. Sie bemühten sich gar um Mietsteigerungen.

Diese Entwicklung gab Auftrieb für die Vergesellschaftungsbewegung: Neben staatlichen Übernahmen und Re-Kommunalisierung forderten sie auch demokratischere Entscheidungsstrukturen.

Die Umwandlung der Deutsche Wohnen wurde zum Modellbeispiel. Unter hohem öffentlichen Druck übertrug der Bund seine Anteile dem Land Berlin. So wurde eine Demokratisierung möglich. Der Verwaltungsrat des umstrukturieren Unternehmens wurde zu gleichen Teilen aus MieterInnen, MitarbeiterInnen und VertreterInnen der Politik besetzt. Ähnliche Modelle wurden wenig später für die älteren Landeseigenen Unternehmen durchgesetzt.

„Den zahnlosen Mieterbeiräten wurde endlich ein Modell entgegengesetzt, das MieterInnen wirkliche Mitentscheidung ermöglicht“, sagt du Vinage.

Berlins Erfolgsmodell: „kollektives Wohneigentum“

Die Vergesellschaftung sollte zum Modell für ganz Berlin werden: „Öffentliches Eigentum, günstige Miete, Demokratisierung“, war das Forderungs-Trio, mit dem die Parole „Wir sind systemrelevant!“ bald ergänzt wurde. Die Bedingungen waren günstig: Die gesunkenen Immobilien- und Bodenpreise sorgte dafür, dass der „Wohnraumförderfonds“ der Stadt endlich funktionierte. Die exorbitanten Preise für Immobilien waren niedriger und der Fonds verfügte wegen der erhobenen Grunderwerbssteuer über ausreichend Geld.

So kaufte die Stadt Berlin Immobilien auf. Zahlreiche Hausgemeinschaften übernahmen mit seiner Hilfe ihre Wohnungen auch direkt. Die Quote an öffentlichem, kollektivem und genossenschaftlichem Wohneigentum stieg in wenigen Jahren von 40% auf 75% an.

Dies ging nicht immer reibungslos: Es kam zu 6597 Enteignungsverfahren. Grund dafür war die Zweckentfremdung seitens der BesitzerInnen. Insgesamt wurden 29.980 Wohnungen zwangsenteignet. Wohnraum, der als überteuerte Ferienwohnungen, Leerstand und AIRBNB genutzt worden war, stand nun endlich wieder zur Verfügung, damit Menschen darin leben konnten.

Neubauten und Experimente im Wohnungssektor

Doch nicht nur die Vergesellschaftungsbewegung trug ihren Teil dazu bei, die Wohnungskrise zu lösen. Der Neubau von Wohnungen entspannte die Wohnungssituation Berlins. Der Bau wurde zu 97% von öffentlichen und genossenschaftlichen Unternehmen mit Bundes- und Landesförderung durchgeführt. Die restlichen 3% sind Einfamilienhäuser in Privatbesitz.
Während öffentlicher Neubau boomte, stagnierte die private Immobilienwirtschaft. Aus ihr heraus wurden nahezu keine neuen Investitionen getätigt. Da die Mieteinnahmen der Landeseigenen Unternehmen nach Abzug der Instandhaltungskosten zu 100% in Neubau fließen, erlebt Berlin heute eine neue Gründerzeit: ein demokratischer Bauboom, gekennzeichnet von kommunalen Wohnexperimenten und einer Renaissance des urbanen Siedlungsbaus mit Nachbarschaftsräumen und kommunalen Einrichtungen. Viele MieterInnen begreifen diese als Orte, um zusammenzukommen und sich auszutauschen.

Trotz einer verbissenen Kampagne der FDP gelang dem privaten Wohnungsmarkt kein Neustart. Die Quote an öffentlichem Eigentum steigt weiter; wenn auch langsam. „Die 90% Marke soll nächstes Jahr erreicht sein, so die Prognosen. Die gemeinschaftlich genutzten Räume sind eine richtige Bereicherung für uns“, lachte Mousa.

RE-KOMMUNALISIERUNG

Der Rückkauf bestimmter Bereiche (Wohnungen, Krankenhäuser, Energieversorgung etc.) durch die Kommunen. So wird private Spekulation verhindert und der Bereich in Gemeineigentum umgeändert. Es ist dann demokratisch kontrollierbar.

VERGESELLSCHAFTUNG

Ein Modell, bei dem Entscheidungen über Wohnungen und Infrastruktur von den Personen getroffen werden, die es direkt betrifft. Die Eigentumsrechte liegen dabei nicht nur bei der Stadt.

Politik

Strafrechts-änderung wieder gekippt!

Bundestag warnt vor Polizeistaat

Die im April 2017 vom Bundestag verabschiedete Strafrechtsreform wurde gestern zurückgenommen. Die Neuerung des §114 des Strafgesetzbuchs sah eine Mindeststrafe von drei Monaten Freiheitsentzug für „tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte“ vor. Geldstrafen waren nicht mehr möglich.

Nach zahlreichen Debatten hatte der Bundestag auf die scharfe Kritik an dem Gesetz reagiert. Die Neuerung war als Verletzung der Demonstrationsfreiheit gewertet worden, verschiedene Medien sprachen von einer Entwicklung Deutschlands hin zum Polizeistaat. „Die Gesetzesverschärfung lädt geradezu zum Missbrauch durch die Polizei ein. Dadurch werden die BürgerInnen potenziell von der Teilnahme an politischen Demonstrationen abgeschreckt. Hier wird ein demokratisches Grundrecht massiv beschnitten“, hatte Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, kritisiert. Immer wieder waren nach der Strafrechtsnovelle Fälle von Polizeigewalt bekannt geworden. So wurden mehrere Personen zu Haftstrafen verurteilt, nachdem sie sich in später als rassistisch beurteilten Polizeikontrollen nicht kooperativ zeigten. In einem anderen, aufsehenerregenden Fall war der 56-jährige Gerhard K. zu sechs Monaten Haft verurteilt worden, weil er nach Aussage der Polizei bei einer Demonstration gegen Zwangsräumungen einen Beamten

Keine Angst mehr vor der Polizei, neues Gesetz fordert Schutz vor Polizeigewalt.
Bild: Martin Krollkowski auf flickr.com
Lizenz: CC BY 2.0

attackiert hatte. Aufnahmen zeigten später, dass der Mann von Polizeibeamten wahllos aus der Demonstration gegriffen und mit unverhältnismäßiger Härte behandelt wurde. Die Bekanntmachung der Fälle führte zu steigendem Druck auf die Koalition und schließlich zur Rücknahme des Gesetzes. Aus Regierungskreisen heißt es: „Das Gesetz war ein großer Fehler. In Zeiten wachsender Politikverdrossenheit müssen wir uns an die Worte Willy Brandts erinnern und wieder mehr Demokratie wagen. Aufgrund unserer Geschichte haben wir eine besondere Verantwortung zur Wahrung der Freiheit.“

Stattdessen wird in den Ausschüssen nun verhandelt, welche Kontrollorgane gegen Polizeigewalt eingesetzt werden können. Im Gespräch sind unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle, ein Verbot von Pfefferspray bei Demonstrationen und eine Demokratisierung des Polizeiapparats. „Wir müssen uns überlegen, wie die BürgerInnen besser gegen polizeiliche Willkür geschützt werden können“, so Justizminister Heiko Maas. „Der Einsatz von Elektroschock-Waffen, den sogenannten Tasern, die gegen die UN-Menschenrechtskonventionen verstoßen, zahlreiche Anzeigen wegen Körperverletzung durch PolizeibeamtInnen und Fälle wie der des 2005 von Polizisten ermordeten Oury Jalloh sind nur wenige Beispiele, die zeigen, wie gefährlich die Neuerungen des Frühjahres waren.“ Der Bundestag rechnet mit einem neuen „Demokratieschutzgesetz“ im August dieses Jahres.

Protest gegen Abschiebungen nach Afghanistan erfolgreich. Alle dürfen #bleibistan! Bild: Luca Vogel

Einigung im Streit um Abschiebungen

Berliner Bürgermeister unterzeichnet die »Charta für eine solidarische Stadt« und ermöglicht damit allen BerlinerInnen das Bleiberecht.

Von Fuzz Ball

Letztlich war der Druck zu groß: Die Landesspitzen von SPD, Grünen und Linkspartei veröffentlichten am Sonntag ein gemeinsames Papier, das den Koalitionsstreit um Abschiebungen lösen soll. Man bekenne sich zur solidarischen Stadt, heißt es darin. Auf Abschiebungen soll zukünftig verzichtet werden, weitere Maßnahmen sind geplant.

Damit endet ein Streit, der die Koalition über Wochen gelähmt hatte. Die Linke hatte angekündigt, die Koalition platzen zu lassen, nachdem bekannt geworden war, dass die Senatsinnenverwaltung trotz des Regierungswechsels an einer rigorosen Abschiebepraxis festhielt. Dies widerspreche dem Koalitionsvertrag, hatte Vizebürgermeister Klaus Lederer argumentiert. Auch öffentlich wuchs der Unmut, zuletzt hatten Tausende den Flughafen Tegel blockiert, zuvor war Innensenator Andreas Geisel bei einem Bankett mit Spinat beworfen worden.

Das Papier wurde unter dem Titel „Berliner Charta für eine solidarische Stadt“ veröffentlicht. Die Neuerungen betreffen die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wohnen und Wahlen.

Die Änderungen im Detail gestalten sich wie folgt.

Die anonyme Gesundheitskarte

Im Streit um den anonymen Krankenschein konnten VertreterInnen gesellschaftlicher Initiativen eine weitreichendere Lösung durchsetzen: Die anonyme Gesundheitskarte garantiert jedem Menschen unabhängig von dessen Aufenthaltsstatus das Recht auf medizinische Versorgung. Von der anonymen Gesundheitskarte profitieren vor allem Menschen ohne Ausweisdokumente, sie können nun auch ohne Krankenkarte medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Eine ähnliche Regelung in Schweden war ihr Vorbild.

Bildung für alle

Künftig seien keine Ausweiskopien mehr vorzulegen, wenn Eltern ihre Kinder an einer Schule anmelden, heißt es in der Charta. Eine entsprechende Verordnung gilt bereits seit acht Jahren, viele Schulen ignorierten sie jedoch und lehnten Kinder ab, deren Eltern sich nicht ausweisen konnten – trotz Schulpflicht. Bildungssenatorin Scheres will sich nun um die rasche Umsetzung der Verordnung bemühen.

Mitbestimmung

Die schwerwiegendste Neuerung steht im Wahlrecht an: Künftig sollen alle in Berlin lebenden Personen die Stadtbürgerschaft erhalten, die mit dem Wahlrecht verbunden sei. Mehr als 600.000 Menschen werden von dieser Regelung profitieren. „Wir wollen gleichberechtigte Teilhabe für alle schaffen“, erklärte der Regierende Bürgermeister Michael Müller. „Die Stadtbürgerschaft ist ein großer Fortschritt, endlich werden die Stimmen aller BerlinerInnen gehört.“ Auch hier gibt es internationale Vorbilder: In Toronto und New York existieren seit längerem ähnliche Regelungen.

ZUFLUCHTSSTÄDTE UND STADTBÜRGERSCHAFT

Los Angel war 1979 die erste Stadt, die die Zusammenarbeit mit den Abschiebebehörden beendete – die erste *sanctuary city* (zu dt.: Zufluchtsstadt). Es folgten weitere Kommunen, darunter New York City und San Francisco. 2006 bekannten sich 32 US-Städte dazu, *Zufluchtstädte* zu sein. In Sanctuary Citys steht die Nutzung öffentlicher Dienste und Infrastruktur allen BewohnerInnen unabhängig ihrer Herkunft zur Verfügung. So haben zum Beispiel in New York alle Kinder ein Recht auf Schulbildung, egal mit welchem Aufenthaltsstatus. Andere Konzepte wie die Stadtbürgerschaft gehen auf die griechische Antike zurück.

WAS DAS NEUE BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN BEDEUTET

Nicht faul, sondern frei

Von W. Ida Spruch

Die Meldung hatte vergangene Woche für Furore gesorgt: Ab nächstes Jahr erhalten alle BewohnerInnen Berlins ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Doch wie funktioniert das neue BGE, wer profitiert davon und welche Folgen sind zu erwarten? Die Berliner Morgenrot fasst für Sie die wichtigsten Infos zusammen.

Wie funktioniert das neue BGE?

Ab dem 1. Januar kommenden Jahres erhalten alle BewohnerInnen Berlins jeden Monat eine finanzielle Zuwendung durch das Land Berlin. Das monatlich ausgezahlte BGE beträgt 1200 Euro für Personen ab 16 Jahren und 600 Euro für Kinder. Das BGE ist bedingungslos, es müssen dafür also keine Anforderungen erfüllt oder Gegenleistungen erbracht werden – anders als zum Beispiel bei Hartz IV.

Wer bekommt das neue BGE?

Alle Personen, die ihren Erstwohnsitz in Berlin haben, erhalten das BGE. Es gilt also nicht nur für deutsche StaatsbürgerInnen, sondern für alle BewohnerInnen der Stadt.

Bedingungsloses Grundeinkommen ist ein Berliner Original. Genau wie Erika Kalasznikovsky, die sich darüber freut.
Bild: John Keogh

Warum wurde das BGE eingeführt?

Das BGE soll den Menschen ein würdevolles Leben ermöglichen. Es liegt deshalb über dem Existenzminimum (derzeit: 735 Euro pro Monat), damit nicht nur der Lebensunterhalt gesichert ist, sondern die Menschen auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Es soll außerdem dafür sorgen, dass das Einkommen der Menschen nicht mehr durch ihre Stellung im System der Erwerbsarbeit bestimmt wird. Denn bei der Entlohnung der Erwerbsarbeit wird bisher nicht der gesellschaftliche Nutzen der Dinge berücksichtigt, die produziert werden. Außerdem werden manche Arbeiten (wie zum Beispiel Hausarbeit) gar nicht bezahlt, obwohl sie gesellschaftlich unverzichtbar sind. Diese Ungerechtigkeit soll durch das neue BGE ausgeglichen werden.

Wie wird das neue BGE finanziert?

Erstens durch eine Grundeinkommensabgabe von 35 Prozent auf alle Primäreinkommen (Löhne, Gehälter, Mieteinnahmen, Dividendenzahlungen, Gewinne etc). Zweitens durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen – wie zum Beispiel durch die vor kurzem eingeführte Extra-Abgabe für Luxusgüter (die Berliner Morgenrot berichtete). Drittens werden einige bisherige Sozialleistungen überflüssig, wie zum Beispiel das BaföG, das Kindergeld oder Hartz IV.

Welche Folgen sind durch die Einführung des BGEs zu erwarten?

KritikerInnen befürchten, dass durch das BGE niemand mehr schlechte oder schlecht bezahlte Arbeiten machen will. Genau dies ist aber ein ausdrückliches Ziel des BGEs: Menschen sollen nicht mehr gezwungen sein, um jeden Preis einen Job annehmen zu müssen. Es ist zu erwarten, dass unbeliebte Arbeiten in Zukunft besser bezahlt und attraktiver gestaltet werden – oder gleich durch automatisierte Prozesse ersetzt werden.

Feminismus

als Tagesgeschäft

Gestern wurde die neue Berliner Senatsverwaltung für Feminismus und Sorge-Arbeit eingeweiht. Die frischgebackene Senatorin Herta Buntschuh empfing in den neuen Räumen im Stadtschloss VertreterInnen verschiedener Initiativen. Im Gespräch mit dem Berliner Morgenrot betont die Senatorin, dass diese Initiativen mit ihrer Arbeit letztlich diese besondere Senatsverwaltung erst ermöglicht hätten. Auf die neue Senatorin warten viele Aufgaben: der Ausbau der Kita-Plätze hatte zwar in den letzten Jahren begonnen, aber hier muss noch kräftig investiert werden. „Zusätzlich brauchen wir jedoch höhere Gehälter für ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und für das Pflegepersonal in Altenheimen und Kliniken“ erläutert die Senatorin. „In diesen Berufen sind überdurchschnittlich Frauen beschäftigt, oft in Teilzeit. Kommen diese Frauen ins Rentenalter, ist Armut vorprogrammiert. Höhere Gehälter machen den Beruf attraktiver – vielleicht auch für Männer.“ Wichtig ist der Senatorin der Kontakt zu den Initiativen, die noch andere Themen einbringen und Forderungen an die neue Senatsverwaltung stellen. „Wir kämpfen dafür, dass auch die Arbeit wertgeschätzt wird, die überwiegend Frauen zu Hause leisten: kochen, waschen, putzen, sich um Kinder kümmern oder um die Oma“ ergänzt Olga Kalischnewski, Sprecherin des Netzwerks Care Revolution. „Wir haben uns in unseren Versammlungen immer wieder darüber ausgetauscht, wie diese Arbeit mehr beachtet werden kann und wie man diejenigen entlasten kann, die viel Sorgearbeit leisten müssen.“ Ein erster Erfolg ist die 20-Stunden-Woche. „Das war großartig“ schwärmt Olga Kalischnewski. „Jetzt hat auch mein Partner mehr Zeit und kann sich im Haushalt einbringen. Und ich habe endlich mehr Zeit für mich.“

Andere Initiativen wie Feminism Unlimited fordern, dass sich stärker gegen Sexismus und Antifeminismus engagiert wird. Alex Schmitt von Feminism Unlimited erläutert warum: „Ist es nicht verrückt? Eigentlich ist viel durch feministische Kämpfe erreicht worden: Frauen können entscheiden, ob sie Kinder wollen oder nicht. Wir leben in Paarbeziehungen, in WG’s oder allein. Wir sind lesbisch oder hetero… Und nach wie vor gibt es ein paar Idioten, die die Uhr zurückdrehen wollen, um uns wieder einzusperren in uralte Geschlechterrollen.“ Die Eröffnung der neuen Senatsverwaltung kann daher nur ein erster Schritt sein. „Wir sind alle unterschiedliche Frauen mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen“ sagt Alex Schmitt. Man sei sich darüber im Klaren, dass die Probleme nur mit allen zusammen gelöst werden können. „Geschlechterverhältnisse sind aber nicht in Stein gemeißelt. Sie können geändert werden.“

Sorgearbeit bekommt endlich die nötige Anerkennung.

Bild: samchills auf flickr.com
Lizenz: CC BY 2.0

Internationales

Berliner Delegation: Rojava ist unser Vorbild

Demokratie mitten im Krieg

Milli Al-Nassra

Berlin/Kobanê – Um das Abkommen über eine Städtepartnerschaft zu feiern, reiste zu Beginn dieser Woche eine Delegation der Berliner Landesregierung auf Aufforderung der Kiezversammlungen in die nordsyrische Stadt Kobanê. Das Berliner Morgenrot war dabei.

Die Berliner Delegation kehrte gestern mit viele Ideen aus Kobanê nach Berlin zurück. Die Stadt Kobanê bekam internationale Aufmerksamkeit, als sie sich im Herbst 2014 erfolgreich gegen Terroristen des Islamischen Staats (IS) verteidigte. Sie liegt in der Demokratischen Föderation Nordsyrien, auch bekannt als Rojava. Auch in diesem Jahr kämpft die Bevölkerung Rojavas weiterhin, gegen den IS und andere islamistische Terrorgruppen, seit 2016 auch gegen die Türkei. Diese Angriffe bedrohen nicht nur das Leben vieler Menschen, sondern auch den Versuch, eine wirkliche Demokratie aufzubauen. Trotzdem zeigte sich die Delegation beeindruckt: „Es ist schön zu sehen, dass man in anderen Regionen der Welt schon so viel weiter ist.“, sagte der amtierende Bürgermeister Müller der Presse auf dem Rückweg. „Im Vergleich zu Zeiten, in denen die Landesregierung fast alleine entschied, sehen wir, dass wir Fortschritte machen. Aber Rojava ist uns da weit voraus.“ Die Menschen in Rojava regieren sich selbst. Bis jetzt sind über 4000 Kommunen entstanden, die aus einem Dorf oder aus ein bis drei Straßen bestehen. Dort kommen alle Menschen zusammen, diskutieren ihre Angelegenheiten und wählen die Stadträte. In diesen werden wiederum Delegierte für regionale Räte gewählt, die die Entscheidungen der Stadträte zusammentragen. So wird sichergestellt, dass die Menschen Rojavas in allen Fragen, die ihr Leben betreffen, selbst entscheiden können.

Auch die Wirtschaft unterscheidet sich von der jetzigen Deutschlands: Die Betriebe gehören den Menschen, die in ihnen arbeiten und produzieren nur, was die Kommunen brauchen. Allerdings verhindert ein Wirtschaftsembargo der Türkei und der immer noch tobende Bürgerkrieg eine gute Versorgung der Bevölkerung. Bereits nach dem ersten Treffen mit dem Co-Vorsitzenden der Räte von Kobanê Enver Muslim, veröffentlichte die Delegation einen offenen Brief. In diesem fordert sie die Bundesregierung dazu auf, sich für eine Ende des Embargos einzusetzen. Ein weiterer Höhepunkt der Reise war der Besuch der Frauenorganisation Kongreya Star. Dort wurde von den Bemühungen berichtet, Betriebe nur für Frauen aufzubauen, damit diese finanziell unabhängig von ihren Ehemännern werden. Zudem gibt es Frauenversammlungen, die sich überall in Rojava gesondert treffen, um an wirklicher Gleichstellung zu arbeiten: Ein Ergebnis ist eine 40% Quote von Frauen auf allen demokratischen Ebenen. Dilek Kolat, Senatorin für Gleichstellung, sagte bewundernd: „Im Berliner Abgeordnetenhaus haben wir 70% Männer. Wir können uns hier viel abschauen!“ Inspiriert von diesen Erfahrungen wurde schon heute über mögliche Neuerungen in Berlin diskutiert, die den Kiezversammlungen mehr Entscheidungsmacht einräumen. Rojava sicherte Berlin Unterstützung bei der Umsetzung der neuen Ideen zu.

Empfang der Berliner Delegation in Rojava.

Gemeinsam die Suppe auslöffeln. Alexis Tsipras, Jean-Claude Juncker, Angela Merkel und Emmanuel Macron an einem Tisch.

Aufbruch in Anderlecht

Das Spitzentreffen der Europäischen Kommission am Wochenende verspricht eine grundlegende Kehrtwende der EU.

Von Rosi Frölich

Die neue Mentalität wird schon in dem Veranstaltungsplan deutlich, den die Pressestelle für den EU-Gipfel am kommenden Wochenende nun veröffentlichte: Statt des jahrzehntelang üblichen Sektempfangs soll diesmal ein schlichtes Abendessen die Konferenz eröffnen. „Die Regierungschefs werden gemeinsam für das ganze Personal eine Kartoffelsuppe nach einem Rezept von Angela Merkel kochen“, erzählt der Sprecher der Vorbereitungsgruppe, der Niederländer Pieter de Vries. Neben Demut und Bescheidenheit wolle man damit vor allem den neuen Willen zur Zusammenarbeit betonen.

Auch das Ambiente wird wohl für viele Betrachter ungewöhnlich wirken: Nachdem die Europäische Kommission Anfang des Jahres ihre repräsentativen Gebäude verlassen hat, um Platz für eine Europa-Universität zu machen, hat sie ihren neuen Sitz in einem Bürokomplex in Plattenbauweise bezogen. „Das Haus stand jahrelang leer, da war uns sofort klar, dass wir einen Neubau nicht rechtfertigen können“, sagt de Vries.

Die mit Graffiti überzogene dunkelgraue Fassade des Zwölfstöckers im Brüsseler Problembezirk Anderlecht soll nun die Kulisse für einen historischen Gipfel bieten: Nicht weniger als eine Neugründung der EU wolle man am Wochenende vollziehen, wie Mercedes Iglesias, Sprecherin der Kommission vorträgt.

„Es wurden in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht, die viele Menschen in Armut stürzten und das Vertrauen ins uns nachhaltig erschütterten“, erzählt die Spanierin Iglesias kopfschüttelnd. „Denken Sie nur an die Eurokrise!“. Damals hatte das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen viele europäische Staaten in den wirtschaftlichen Niedergang gestürzt. „Und wie hat die EU reagiert? Sie hat diesen Staaten brutale Sparkurse verordnet, die ihnen auch noch das letzte Bisschen Produktivkraft raubten!“. Iglesias‘ Mundwinkel verschiebt sich zu einem gequälten Lächeln: „Ich müsste lachen, wenn ich nicht selbst damals arbeitslos geworden wäre. Nach ein paar Monaten konnte ich die Arztrechnungen für meine Kinder nicht mehr zahlen, wir verloren unsere Wohnung und alle Ersparnisse.“

Zu solchen Zuständen soll es nie wieder kommen, das macht bereits der erste Artikel des Neugründungsvertrags deutlich: „Erste und oberste Maxime politischen Handelns ist die Realisierung der Menschenwürde; die politische, soziale und ökonomische Gleichheit aller bedingt sie.“ Die EU wird nach dem Geist des neuen Vertrags ein Gremium zur Koordination der vielen Tausend vergesellschaftlichten Betriebe in Europa sein. Ihr Wirken soll schädlichen Wettbewerb zwischen den Ländern verhindern und die ökonomischen Ungleichheiten so ausgleichen. Zudem soll sie für die Einhaltung des europäischen Mindestlohns und der einheitlichen Arbeitsstandards sorgen. Die Grenzschutzagentur Frontex wird zugunsten eines öffentlichen Fährbetriebs aufgelöst.

Die Annahme des Vertragswerks gilt als sicher, nachdem fast alle europäischen Regierungen unter innenpolitischen Druck geraten waren, Armut abzuschaffen. Auch die Bundesregierung hat Zustimmung signalisiert. Der Gipfel am Wochenende sei auch das letzte Mal, hieß es in einer Pressemitteilung, dass sich die Kommission, auf diese Art zusammenfinde. Vielmehr wolle man öffentlicher debattieren und die Entscheidung aus den lokalen Gremien zusammentragen.

So bedeutet der Gipfel einen historisch einmaligen Schritt: „Vielleicht hat die EU nach diesen Neuerungen, wirklich den Friedennobelpreis verdient“ lacht Vries. Die BewohnerInnen der Mitgliedsstaaten zeigten sich laut Umfragen in jeden Fall begeistert. Diese Emotionen teilt man auch im Kanzleramt:

Angela Merkel freue sich, heißt es in Regierungskreisen, besonders auf den Festakt zur Feier der Vertragsannahme: Durchgängig von Sonntagabend bis Dienstagmittag sollen dutzende Künstler auf dem Parkplatz der Kommission auftreten, der Eintritt ist frei.

DIE EUROKRISE

2009 kam es im Verlauf der weltweiten Finanzkrise auch zur sogenannten Eurokrise. Die Krise wurde ausgelöst durch ein System, das auf Profit ausgerichtet war und nicht auf die Bedürfnisse der Menschen.
In der EU traf die Krise einige Länder besonders stark: Unter anderem in Spanien, Portugal und Irland kam es zu steigenden Arbeitslosenzahlen, wachsender Armut und verheerenden Kürzungen im Sozialbereich. Wohl am massivsten betroffen war Griechenland. Mit sogenannten „Rettungspaketen“ sagte die EU den Ländern Finanzhilfe zu, knüpfte diese aber an noch härtere Sparbedingungen. Dies führte zur weiteren Verarmung der Menschen und zur Erpressung der demokratisch gewählten Regierungen, wie zum Beispiel im Sommer 2015 im Falle Griechenlands. Gegen die Troika, die für die Durchsetzung der Sparzwänge zuständig war (bestehend aus der Europäischer Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond) wurde in den 10er Jahren vor allem im Rahmen der Blockupy- Bewegung mit Tausenden demonstriert.
Diese Proteste waren Auslöser des heutigen Kurswechsels der EU.

REISEWETTER

Hamburg	25°	sonnig heiter
München	7°	Bierregen
Bebra	12°	Langeweile
Kobane	30°	sonnig heiter
Chiapas	27°	blau, sonnig
Utopia	25°	sahne Klima
Koper	25°	heiter sonnig
Christiania	18°	leicht bewölkt
Sylt	0°	stürmisch
Davos	-32°	Blitzschlag
Monaco	-15°	eisig
Caiman Islands	-10°	Sturmfluten
Mordor	65°	Lavaregen

Mondphasen: ● 28.4. ◐ 04.05. ○ 11.02. ◑ 18.02 **Sonnenaufgang:** 06:31 Uhr **Sonnenuntergang:** 20:03 Uhr **Mondaufgang:** 22:22 Uhr **Monduntergang:** 8:23

Meinung

HEIM & GARTEN

Do it yourself: Besetzen

Vom Ikea-Regalaufbau bis zur Sanierung des Badezimmers: Das Heimwerken begeistert alle in unterschiedlicher Intensität. Was für den einen nervige Pflicht ist, ist für die andere Hobby und Zeitvertreib. Doch auch für alle handwerklich Ungeschickten ist die Aussicht auf selbstbestimmtes und bezahlbares Wohnen wohl Anreiz genug, um zum Werkzeugkasten zu greifen. Do it yourself! - verwandle leerstehende Immobilien (mit denen in Berlin auf Millionen von Euro spekuliert wird) in ein Dach über deinem Kopf! Anregungen dazu kommen zum Beispiel aus Madrid, wo zahlreiche Menschen unbewohnte Häuser und Wohnungen besetzten. Sie machten daraus ihr Familienheim, ihre Wohngemeinschaft oder ein Nachbarschaftszentrum. Wir haben die wichtigsten Tipps und Tricks für die DIY-Hausbesetzung für Sie gesammelt.

Zuerst nehme man ein leerstehendes Haus seiner Wahl und beobachte ein paar Tage lang die Umgebung. Es bietet sich an, ungesehen in das Haus zu gelangen – die aufmerksamen Besetzer wissen, zu welchem Zeitpunkt dies am besten gelingt.

Hier gibt es mehrere Möglichkeiten, je nach den eigenen Fähigkeiten: Die Version für Sportliche ist das Eintreten, der (hoffentlich) maroden Tür. Für diejenigen mit Fingerspitzengefühl empfiehlt es

Was machen die denn da?

sich, das Schloss zu bearbeiten – Werkzeugfreaks kommen hier auf ihre Kosten! Mit einem Kobaltbohrer mit einem Ø von 2 bis 4mm bohrt man das Schloss auf. Danach ein leichter Schubs – und schon sind Sie drinnen! Für alle mit Hang zur Dramatik ist der Einstieg durchs Fenster vielleicht der schönste Weg: Mit einem Glasschneider vorbehandeln, dann das Fenster mit Stoff auskleiden und mit einem Notfallhammer (gute Modelle sind in jeder U-Bahn erhältlich) einschlagen. Aber bitte die Handschuhe nicht vergessen! Einmal drinnen, sollte man direkt mit der Einrichtung beginnen: Traditionsbewusst die Tür verbarrikadieren und es sich für einen längeren Aufenthalt mit Verpflegung und Pyjama bequem machen.

Nun ist leider in den nächsten Stunden mit der Polizei zu rechnen, falls irgendein Nachbar die Situation missverstanden haben sollte. Aber keine Sorgen! Erklären Sie einfach, dass Sie, wie jeder Mensch mit oder ohne Geld, eine Wohnung brauchen. Sollte inzwischen das Recht auf Stadt und Wohnen durchgesetzt worden sein, wird Ihnen lediglich ein wenig Werbematerial für die Gestaltung des neuen Wohnraums überreicht werden.

Viel Spaß beim Ausprobieren und: Liebe Heimwerker, lassen Sie sich den Spaß nicht durch zu viel Perfektionismus verderben – Übung macht den Meister!

Illustration: Iman Schneider

Berliner Morgenrot

Eine neue Hoffnung: Hamburg 2017

Weltweit protestieren Menschen für mehr Freiheit. Viele sehen den Ausgangspunkt der Bewegung in Hamburg.

Rudi von Fallersleben

Der G20 Gipfel vom 7. bis 8. Juli 2017 in Hamburg ist aufgrund der Gegenproteste zur Legende geworden. ***Berliner Morgenrot*** sprach mit Eleanor und Johanna. Die beiden Berlinerinnen waren damals mit dabei. Heute legen sie als DJanes in der ehemaligen Elbphilharmonie auf.

Was hat euch damals bewogen nach Hamburg zu gehen?

2017 war ja schon seit 10 Jahren Dauerkrise. Und die Regierungschefs der G20 haben sich da immer noch als die Retter der Welt aufgespielt, die zum Wohle aller über Lösungen beraten. Uns war aber klar, dass sie nur im Interesse der Reichen und Mächtigen handelten und das Problem und nicht die Lösung waren. Das hatte man schon daran gesehen, dass die ganze Stadt faktisch im Belagerungszustand war, überall Bullen! Alles war abgesperrt, damit sie ruhig im Hinterzimmer darüber reden konnten, wie sie uns noch effektiver ausnehmen und ausbeuten können, um ihre mageren Renditen aufzupolieren. Wir wollten bei dem Spiel nicht mitmachen und deutlich zeigen, dass sie uns nicht vertreten. Wir wollten ihrem Credo des „Weiter so“ und der „Sachzwänge“ ein Nein entgegenstellen und zeigen, dass es Alternativen gibt.

REGIERUNGEN DER G20 FAKTISCH MACHTLOS

Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer trat nach der ersten Finanzkrise von 2007 mit dem erklärten Ziel zusammen, diese zu überwinden und für finanzielle Stabilität zu sorgen. Ihre Rezepte waren jedoch dieselben, wie bereits vor der Krise: Privatisierung, Zerschlagung des Arbeitsrechts, Sparmaßnahmen und Kürzungen bei Sozialausgaben. Sie dienten vor allem der Besitzstandswahrung und Machtsicherung einer kleinen globalen Elite. Das erzeugte viel Unmut, der sich explosionsartig auf dem letzten G20-Gipfel 2017 in Hamburg entlud.

Das Motto der Proteste hieß ja „Rebellion entsteht aus Hoffnung“. Wirklich hoffnungsvolle Zeiten waren das damals aber nicht.

Hoffnung entsteht aber wiederum aus Unzufriedenheit, wie schon der Science-Fiction-Philosoph Ernst Bloch wusste. Und unzufrieden waren viele. Wir wollten das die Herrschenden spüren lassen. Die Jüngeren von uns wissen heute meist gar nicht mehr, wer das alles war, aber für uns war es wahnsinnig wichtig, dass wir Trump, Erdogan, Merkel, Putin, Temer und wie sie alle hießen, einen derart deftigen Empfang bereitet haben. Rückblickend kann man sagen, das war der Anfang von ihrem Ende. Die Proteste haben damals vielen Kraft gegeben, auch in ihren Heimatländern weiterzumachen. Außerdem haben der Gegengipfel und die Aktionen viele Menschen aus der ganzen Welt zusammengebracht und den Austausch zwischen ihnen ermöglicht. Damals ist eine wirklich globale Bewegung gegen die Zumutungen der G20 und ihre Welt entstanden.

Hamburg wurde durch die Proteste ja sehr verändert, was genau ist seitdem passiert?

Es war ein unglaubliches Erlebnis. Zehntausende haben sich an den Demos und Blockaden beteiligt, unter anderem haben wir damals die Elbphilharmonie gekapert. Der Beat der Siegesfeier war in der ganzen Stadt zu hören. Die Akustik ist hier wirklich gut. Hamburg ist jetzt eine rebellische Stadt und gehört allen Menschen, die darin leben. Wir lassen uns nicht erzählen, dass irgendwer nicht zu uns gehört, nur weil der Pass kein deutscher ist. Zur Versorgung der Menschen haben wir die Infrastruktur der Stadt in Selbstverwaltung übernommen. Wir entscheiden alle zusammen in der neuen Kiezversammlung. Eine konkrete Utopie, die weltweit Schule machte. Auch durch das globale Kommunikationsnetz, an dessen Aufbau wir seit damals arbeiten. Endlich gibt es keinen Grund mehr für Traurigkeit.

LESERBRIEF

BER: Meinetwegen doch abreißen

Von Siegrid Kalafati

Als ich das erste Mal davon gehört habe, dass der Flughafen Berlin Brandenburg International gebaut werden sollte, war ich richtig froh darüber. Ich wohne nämlich in Wedding und seit Jahren nervt mich der Fluglärm. Anfangs habe ich mich noch von dem Bild, auf dem unter anderem Wowereit den ersten Spatenstich machte, beeindrucken lassen. Aber eigentlich kann ich daran gar nichts Gutes mehr finden. Das muss man sich mal vorstellen: Da gibt es die Idee, einen neuen Flughafen zu bauen, Banken und Baufirmen reiben sich die Hände und der Berliner Bevölkerung wird es so verkauft, als käme dieses Monsterprojekt allen BerlinerInnen zugute. Ständig in den Urlaub zu fliegen, kann ich mir mit meinem Gehalt als Schlosserin jedenfalls nicht leisten. Viele Schulen in meinem Bezirk sind super schlecht ausgestattet und immer wieder treffe ich beim Einkaufengehen auf Menschen, die gar keine Wohnung haben. Aber der Bund und die Landesregierung haben nichts

Kostenloser Personennahverkehr statt dem BER CC: VerenaDelius

Besseres zu tun, als jeden Monat 41.000.000 für den BER zu verprassen – und das seit nun über einem Jahrzehnt.

Was für wirklich sinnvolle Pläne man mit dem Geld umsetzen könnte! Die BVG ist jetzt zwar immerhin kostenlos, es können sich aber weiterhin nicht alle Menschen das Reisen mit der Bahn leisten – bei den stolzen Preisen. Kostenloser Fernverkehr würde zum Beispiel allen Menschen zugutekommen. Das Gleiche gilt auch für Kinos, Schwimm- und Freizeitbäder und den Berliner Zoo. Jeder Person sollte es - unabhängig vom eigenen Geldbeutel - möglich sein, sich zu erholen: Und zwar ohne irgendwelche erniedrigenden Bescheinigungen vorzuzeigen. Jeden Tag werden in Berlin so viele Steuergelder eingenommen wie der BER monatlich kostet. Warum denken wir nicht mal darüber nach, jeden Monat einen zusätzlichen Tag ohne Arbeit zu haben? Oder wir besteuern endlich die Reichen in dieser Stadt höher und gönnen uns fünf freie Tage mehr im Monat.

Der BER kann meinetwegen jetzt doch abgerissen werden. Wenn ich mir anschaue, wie viel Steuergelder in dieses Prestigeprojekt gesteckt werden, wird mir ganz anders. Ich will lieber ein soziales Berlin. Und ich will kein Berlin, das es sich leistet, einen extra Regierungs-Terminal für 325 Millionen Euro in einen Flughafen einzubauen, damit die Herrschenden und Reichen anderer Länder beeindruckt werden. Lieber sollten wir Menschen unterstützen, die nach Berlin kommen, um vor Armut, Verfolgung oder Krieg zu fliehen und allen hier lebenden Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Und wenn wir daran gemeinsam arbeiten, dann schaffen wir das auch schneller als in 10 Jahren!

Tempelhofer Feld

Ein Brief der 7-jährigen Marta

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns der Brief der siebenjährigen Marta aus Neukölln. In dem Brief beschreibt die Schülerin, was das Tempelhofer-Feld ihr bedeutet.

Ihre beiden Mütter schreiben, dass Marta von der Geschichte des Tempelhofer Feldes, die in der letzten Sonderausgabe als Artikel erschien, inspiriert wurde.

Beim Vorlesen sei die Kleine sehr wütend über die ehemaligen Bebauungspläne gewesen und habe dem Berliner Morgenrot schreiben wollen. Die Gedanken von Marta wollten wir unseren LeserInnen nicht vorenthalten und haben den Brief – samt Martas Rechtschreibung – hier abgedruckt.

„Liebe Zeitung
Berliner Morgenrot,

ich heise Marta und bin 7 Jahre alt. Ich lebe mit meinen beidem Mamas gaaaans nah am Tempelelhofer Feld. Eigentlich gehen wir jeden Tag dahin und spielen in den grosen Gärten. Meine Mamas haben da mitgebaut und viele Flanzen geflanzt, die jetzt gans schön blühen. Ich spiele sehr gerne mit allen Kindern aus dem Kiez da und wir haben fiel Spass. Ich bin sehr froh, das wir hier so fiel Platz haben. Meine Mama Clara hat mit erklärt, das das Feld gans früher ein Flughafen war. Das ist ser aufregend finde ich. Und nun gehört das Feld allen Menschen zum spielen. Meine Mama Clara hat auch erzählt das die Regirung früer schon mal Wonungen bauen wollte auf dem Feld und das die Menschen einen Volentscheid gemacht haben und dann wurde da nicht gebaut. Und das danach die Regirung gesagt hat sie bauen nicht aber das war gelogen. Und dann hat die Regirung geflüchteten Menschen keine Wonung gegeben sondern nur den Menschen, die fiel Geld haben. Und stat Wonungen hat die Regirung dann gans fiele geflüchtete Menschen in Contener auf dem Feld eingespärt. Und gesagt das sie deswegen das Feld zubauen müsen. Aber das stimmte gar nicht. Weil die Menschen liber Wonungen wolten und es auch welche gab. Und da wollte die Regirung schumeln und einfach auch gans teure Wohnungen mit dazu bauen. Da haben meine Mamas und ihre Freundinen gesagt die Regirung darf das nicht und sie haben Protest gemacht. Und sie haben gesagt das lieber alle über das Feld entscheiden sollen egal woher sie kommen. Und sie haben fiel auf dem Feld geschlafen und auch einen neuen Volentscheid gemacht. Und seit die neuen Versamlungen im Kiez sind, hat die Regirung endlich aufgehört mit dem Qatsch. Und das freut mich ser. Weil so ist es fiel schöner als mit Häuser und wir feiern fiel Feste und Konserte. Und auch weil so alle Menschen Wonungen haben. Und es soll auch imer so bleiben und wen nicht dann mach ich auch Protest.

Liebe Grüße, Marta aus Neukölln“

Marta auf dem Tempelhofer Feld.

Wirtschaft

„Die Personalquote ist für uns nur der erste Schritt“

Silke Hatmahl zum angekündigten Umbau der Berliner Krankenhäuser

Der Berliner Senat hat die Einführung fester Personalquoten für die Berliner Krankenhäuser beschlossen. Zugleich ist ein Runder Tisch zur Reform des Berliner Gesundheitssystems zusammengetreten. Berliner Morgenrot sprach mit Silke Hatmahl (Krankenschwester), die zur Vorsitzenden der neuen Kommission gewählt wurde.

Frau Hatmahl, Sie wurden zur Vorsitzenden des Runden Tisches zur Reform des Berliner Gesundheitssystems gewählt. Warum ist das System überhaupt reformbedürftig?

Ich bin seit fast 20 Jahren Krankenschwester am Urban Krankenhaus. Dort habe ich in den letzten Jahren miterlebt, wie die Arbeitsbedingungen immer schlimmer wurden. Weil wir chronisch zu wenig Personal haben, sind viele KollegInnen überlastet und erleiden irgendwann einen Burn-out. Auch unsere PatientInnen leiden darunter. Wir können uns kaum noch angemessen um sie kümmern.

Gestern hat der Senat die Einführung einer Mindestpersonalbemessung an den Berliner Krankenhäusern beschlossen. Bis vor Kurzem hat er diese Fragen den Krankenhäusern selbst überlassen. Wie erklären Sie sich diesen Sinneswandel?

Vor einiger Zeit sind wir an der Charité und in mehreren Vivantes-Häusern in den Streik getreten, um für eine bessere Personalbemessung zu kämpfen. Viele KollegInnen haben mitgemacht. Das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus hat dafür gesorgt, dass unser Arbeitskampf zum großen Thema in der Stadt wurde. Die Krankenhausleitungen haben dann von der Landesregierung eine politische Lösung verlangt, weil sie Wettbewerbsnachteile fürchten. Auch die Politiker hatten offenbar Angst, dass aus dem Streik eine größere Sache wird, die sie nicht mehr kontrollieren können *(lacht)*. Also haben sie aus der Not eine Tugend gemacht und die Frage gesetzlich geregelt.

In den letzten Tagen haben sich die politischen Meldungen überschlagen. Nun hat auch der Spitzenverband der Krankenkassen (GKV) angekündigt, das bisherige Finanzierungssystem für Krankenhäuser, die sogenannten Diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG), aufzugeben. Können Sie uns aufklären, wie beides zusammenhängt?

Das DRG-System basiert auf Fallpauschalen für jede Behandlung. Wenn Sie also wegen einer Blinddarmoperation bei uns eingeliefert werden, bekommt das Krankenhaus eine feste Pauschale dafür. Das Problem daran ist, dass es dadurch einen Anreiz gibt, die Behandlung möglichst billig durchzuführen. Das geht soweit, dass Patienten sprichwörtlich „blutig entlassen“ werden. Andererseits werden OPs gemacht, für die es eine höhere Pauschale gibt, auch wenn sie gar nicht nötig sind. Dieses System ist auch das eigentliche Problem hinter der Personalnot auf den Stationen, weil es die Krankenhäuser in Konkurrenz zueinander setzt und unsere Geschäftsführungen um jeden Preis schwarze Zahlen schreiben müssen. Jetzt hat die Regierung zum Glück eine feste Personalquote für die Stationen beschlossen, um dem einen Riegel vorzuschieben. Dadurch erhoffen wir uns eine echte Entlastung im Arbeitsalltag.

Das freut uns für Sie. Aber aus welchem Grund wird nun auch außerhalb Berlins das DRG-System aufgekündigt?

Neben Berlin hat auch das Saarland so eine Quote eingeführt. Weitere Bundesländer haben angekündigt, zu folgen. Dadurch wird das Fallpauschalensystem praktisch aus den Angeln gehoben, weil die Krankenhäuser sich nach dem Bedarf und nicht mehr nach dem Preis richten müssen. Die Krankenkassen wollten eigentlich an dem System festhalten, aber sie haben wohl keine Chance mehr gesehen und deswegen die Flucht nach vorne gewählt.

Um Alternativen zum bisherigen System zu entwickeln, hat der Senat gleichzeitig mit dem neuen Personalgesetz die Einrichtung des Runden Tisches beschlossen. Statt eines Fachmanns wurden Sie zur Vorsitzenden gewählt. Ist das nicht ungewöhnlich?

Es sitzen vor allem Pfleger, Gewerkschafter, Patientenfürsprecher und auch Servicepersonal in der Kommission. Die waren es, die mich gewählt haben. Das sind auch die echten Fachleute, weil sie wissen, was sich im Krankenhausalltag verändern muss. Die Politik hat wohl dem großen Druck nachgegeben. Aber wir bleiben vorsichtig. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Eliten wehren, wenn jemand echte Veränderungen erreichen will. Ich verlasse mich hauptsächlich auf meine Betriebsgruppe am Urban und meine KollegInnen und nicht auf die Versprechen der Politik.

Die Politik hat den Runden Tisch mit weitgehenden Rechten ausgestattet. Nun müssen Sie Verantwortung übernehmen. Welche Vorschläge werden Sie uns präsentieren?

Erst einmal wollen wir eine breite Befragung in den Krankenhäusern organisieren, um festzustellen, was die Probleme und Bedürfnisse sind. Aus dem Arbeitsalltag heraus werden wir konkrete Modelle entwickeln. Unsere Maxime ist, dass sich Gesundheit nicht rechnen muss, sondern dass die Sorge von Menschen für Menschen im Mittelpunkt steht. Danach wollen wir das Gesundheitssystem umbauen. Wir sehen das als Teil einer breiteren gesellschaftlichen Veränderung, weil es die bisherige Konkurrenzgesellschaft ist, die uns krank macht. Die Personalquote ist für uns nur der erste Schritt.

Frau Hatmahl, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Beschäftigte eines besetzten Betriebes verlangen die Vergesellschaftung.

Berliner Wirtschaft vor der Vergesellschaftung

Kommission stellt Bericht zu Arbeitsbedingungen vor

Von Heinz Holtz

Prekäre Arbeit ist in Berlin in allen Wirtschaftszweigen weit verbreitet: Zu diesem Schluss kommt der erste vorläufige Bericht zur Struktur der Berliner Wirtschaft, den die neugegründete Vergesellschaftungskommission gestern vorgelegt hat. Um das Ziel Vergesellschaftung zu erreichen, so die Forderung der Kommission, müsse die Berliner Wirtschaft stark verändert werden. Viele Bereiche seien bislang für einen gemeinwohlorientierten Zweck ungeeignet. Auch müssten die Arbeitsverhältnisse auf den Prüfstand gestellt werden, wie dies etwa im Gesundheitswesen bereits geschehe. Der Bericht liefert hierfür eine erste Bestandsaufnahme.

Die Kommission war auf der ersten gemeinsamen Kiez- und Betriebsversammlung für ganz Berlin gegründet worden. Kritiker behaupten, der Senat habe der Kommission nur zugestimmt, um die immer noch anhaltenden Streiks, Betriebsbesetzungen und wilden Vergesellschaftungen zu beenden. Richard Müller, Vorsitzender der Kommission, gibt zu, dass es diese ohne den Druck der seit Monaten anhaltenden Auseinandersetzungen nicht geben würde. Die beabsichtigte Vergesellschaftung brauche aber ein planmäßiges und geordnetes Verfahren: „Vergesellschaftung bedeutet nicht einfach Verstaatlichung. Wir wollen sicherstellen, dass die Produktion demokratisch durch die Beschäftigten organisiert wird und die Berliner Betriebe für die Bedürfnisse aller Einwohner der Stadt arbeiten, anstatt für die Profite einiger weniger“, so Müller bei der Vorstellung des Berichts. Daher müssten auch die Bürger an ihrer Leitung beteiligt werden. Als Vorbilder nannte er die zahlreichen gemeinwohlorientierten Kooperativen in der Stadt und die neuen kommunalen Energie- und Wasserversorger.

Unbestreitbar notwendig sei die Lebensmittelindustrie mit 11.000 Beschäftigten, auch wenn ein großer Teil auf die Süßwarenproduktion und die Getränkehersteller, vor allem Bier und Kaffee, entfällt. Wie im gesamten verarbeitenden Gewerbe ist hier die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Über ein Drittel der Beschäftigten sind Leiharbeiter, Scheinselbstständige oder befristet Beschäftigte. Besonders miserabel sind die Bedingungen in der Fleischindustrie im Berliner Umland, wo viele Arbeitskräfte aus Osteuropa schuften. Aber auch bei den in Berlin besonders vertretenen Elektroherstellern, Maschinenbauern und der Pharmaindustrie finden sich viele verschiedene Arbeitsverhältnisse unter einem Dach. Möglich wurde dies durch Auslagerungen von Aufgaben an Fremdfirmen und Betriebsausgründungen. In den Berliner Technologie- und Industrieparks, wie der Siemensstadt, sind viele formell voneinander unabhängige Betriebe angesiedelt, die früher Bestandteile desselben Unternehmens waren.

Insgesamt machen die in der Berliner Industrie arbeitenden 119.000 Beschäftigten nur acht Prozent aller Erwerbstätigen in der Stadt aus. Nach wie vor hat die Berliner Industrie also eine geringe Bedeutung, von den massiven Einbrüchen nach der Wende hat sie sich nicht mehr erholt.

In den übrigen Wirtschaftssektoren (siehe Kasten) herrschen laut Bericht jedoch noch prekärere Verhältnisse als in der Industrie. Unsichere Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne finden sich sowohl in den Berliner Hotels als auch an den Hochschulen oder in den Start-ups. Das hat den Ruf Berlins als „Hauptstadt der Prekären“ begründet: 500.000 Menschen, also knapp 40 Prozent der Erwerbstätigen, sind hier prekär beschäftigt. Betroffen sind besonders viele junge Menschen und Migranten von innerhalb und außerhalb der EU.

Eine weitere Erkenntnis des Berichts: Die Fluktuation auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist sehr hoch. Oft wechseln die Leute zwischen Arbeitslosigkeit, befristeter Anstellung und Werkverträgen. Die Grenze zwischen den knapp 180.000 Erwerbslosen in der Stadt und den Erwerbstätigen verschwimmt so immer mehr – die gemeinsame Organisierung beider Gruppen, die in den letzten Monaten an vielen Orten in Berlin zu beobachten war, wurde dadurch sicher begünstigt. Die lokalen Streikbündnisse aus prekär Beschäftigten und Erwerbslosen hatten zusammen mit den Streiks im Gesundheitswesen zur Ausbreitung der Streikbewegung und ihren oft ungewöhnlichen Aktionsformen beigetragen.

Die Uneinheitlichkeit vieler Wirtschaftszweige, die hohe Anzahl an Klein- und Kleinstbetrieben, aber auch die Digitalisierung mit ihren Crowdworking-Plattformen und Online-Diensten stellen laut der Kommission eine besondere Herausforderung für die Vergesellschaftung dar. Erste positive Ansätze gibt es aber bereits mit den in den Streiks entstandenen gemeinnützigen Plattformen und Online-Kooperativen.

„Schwieriger sieht es bei dem ebenfalls sehr großen Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen aus“, so der Kommissionsvorsitzende Müller. Hierzu gehören Zweige wie die Gebäudereinigung, die unbestreitbar weiterhin notwendig sind. Andere, vor allem Finanzdienstleistungen, die Rechts- und Marketingabteilungen sowie das Management in den privaten profitorientierten Unternehmen, haben laut der Kommission jedoch keine gemeinnützige Funktion. „Hier wartet also noch eine große Aufgabe der Reorganisation und Umschulung“, sagte Müller. Die Ausbildung der in diesen Bereichen Beschäftigten sei für die neuen Anforderungen ungeeignet, oftmals herrsche hier noch ein veraltetes Status- und Leistungsdenken.

BERLINER WIRTSCHAFT IN ZAHLEN

Die größten Wirtschaftssektoren in Berlin sind das Gesundheitswesen mit 226.000 Beschäftigten, der öffentliche Dienst mit 193.000 (wozu auch Lehrer und Erzieher gehören) und Verkehr und Logistik mit 101.000 Beschäftigten, wozu noch die Logistikzentren im Berliner Umland hinzukommen. Die größten Unternehmen sind die Deutsche Bahn, die Charité, Vivantes und die BVG. Daneben florieren auch das Gastgewerbe und die Tourismusindustrie sowie Forschung und Kultur. Allein die Clubszene beschäftigt über 8000 Personen. Einen besonderen Boom erlebte zuletzt die Internetwirtschaft, wo sich die Beschäftigtenzahlen von 2012 bis heute auf über 13.000 Menschen mehr als verdoppelt haben.

Ex-Bahnchef Grube verhaftet

Gestern wurde der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG (DB), Rüdiger Grube, überraschend in Panama verhaftet. Er soll in naher Zukunft den deutschen Behörden übergeben werden. Nachdem der Betriebsrat den gesamten Vorstand der DB aufgrund von Korruptionsvorwürfen abgesetzt hatte, waren neue belastende Dokumente ans Tageslicht gekommen. Diese betrafen sowohl Unregelmäßigkeiten bei dem mittlerweile eingestellten Bauprojekt Stuttgart 21 als auch illegale Praktiken während der Streiks der Lokführer. Grube gehört zu einer Reihe ehemaliger Vorstandsmitglieder und Manager deutscher Unternehmen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt. Viele, – darunter Ex-Deutsche Bank-Chef Jürgen Ackermann – sind untergetaucht und befinden sich noch auf der Flucht.

Alles gehört Allen

Päpstin Franziska veröffentlichte gestern die Enzyklika „Omnia sunt comunia“, in der sie Kapitalismus als unmenschlich geißelt und eine neue Gesellschaft beschwört, in der allen alles gemeinsam gehört. Kurz nach ihrer Geschlechtsumwandlung hatte die Päpstin eine Stellungnahme zu den aktuellen Verwerfungen des „Großen Kladderadatsch“ (Name der letzten Krisen), angekündigt. Die neue Enzyklika knüpft an bisher minoritär gebliebene Traditionen in der katholischen Kirche an, wie die Befreiungstheologie, aber auch an aufständische Geistliche, wie Thomas Müntzer. Scharf verurteilt wurden hingegen Irrlehren der „protestantischen Ethik“. Diese hätten mit der Behauptung, am ökonomischen Erfolg messe sich das Auserwähltsein durch Gott, die Ausbreitung des Kapitalismus befördert. Reformbemühungen in den evangelischen Kirchen wurden begrüßt.

Armut wird abgeschafft

Vermögen von Superreichen wird zur Abschaffung von Armut verwendet. Zuvor hatten Oxfam-Studien Jahr für Jahr gezeigt, wie die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit immer größer wurde. Seit 2015 besitzt das reichste ein Prozent mehr als die übrigen 99 Prozent. Angetrieben durch die weltweite Empörung hat nun eine internationale Konferenz der UN beschlossen, dieses Vermögen in einen Entwicklungsfonds für strukturschwache Regionen zu überführen. Dazu gehört auch ein Sonderfonds für Soforthilfen. Damit soll die globale Armut bis Ende des Jahres abgeschafft werden. „Es kann einfach nicht hingenommen werden, dass acht Superreiche so viel besitzen wie die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung“, hatte UN-Generalsekretär Yannis Varoufakis in seiner Eröffnungsrede erklärt. Vermögen in Finanztitel angelegt, können aufgrund der letzten Bankenrettungen ohne juristische Konsequenzen überführt werden.

15 Stunden Woche dank Roboter

Laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Kiel könnte dank Digitalisierung und Automatisierung die Arbeitszeit auf 15 Stunden die Woche gesenkt werden. Voraussetzung sei jedoch eine Vergesellschaftung der Wirtschaft. „Aufgrund billiger und flexibler Arbeitskräfte kam es bisher zu einem Investitionsstau bei der Erneuerung der Produktionsanlagen“, so Wirtschaftsforscher Hans Fresenius. Für die profitorientierten Unternehmen hätten sich die Ausgaben für teure Maschinen schlicht nicht gelohnt. In einer Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen, könnten die heutigen technischen Möglichkeiten jedoch voll ausgeschöpft werden. Bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung könnte die Arbeitszeit so pro Beschäftigtem innerhalb kürzester Zeit mehr als halbiert werden, rechnet der Experte vor.

Feuilleton

„Achselhaare sind wieder total gefragt“

Heidi Klum im Interview überrascht uns mit haarigen Themen

Von Bef Reiung

Die aktuelle Staffel von *Germany's Next Topmodel* neigt sich dem Ende zu. Doch die Fans müssen bis zur 13. Staffel der Erfolgsshow nicht lange warten – und sie können sich auf einige Neuerungen gefasst machen. Heidi Klum verrät im Gespräch mit dem *Berliner Morgenrot,* was uns erwartet.

Frau Klum, Sie haben neulich in der Gala angekündigt, dass in der nächsten Staffel von GNTM „alles anders“ werden soll – ist das wieder so ein PR-Gag, um die ZuschauerInnen bei der Stange zu halten?

Im Ernst (lacht), das ist diesmal mehr als nur ein Werbetrick! Denn wenn man mal ehrlich ist, hat meine Sendung in den letzten Jahren doch einigen Schaden angerichtet. Es war also höchste Zeit für ein Umdenken.

Wie meinen Sie das?

Es ist doch einfach so: Bei GNTM wurde bisher ein höchst fragwürdiges Frauenbild präsentiert. Frauen sollen in erster Linie gut aussehen. Sie sollen stets lächeln und „sexy“ sein. Und dann dieses Schönheitsideal: Obwohl bei uns ab und zu vor laufender Kamera Burger gegessen wurden, hat das leider nicht ganz davon ablenken können, dass die Kandidatinnen unter keinen Umständen ein bestimmtes Gewicht überschreiten durften, nach dem Motto: „schön ist nur, wer superdünn ist“. So ein Frauenbild führt dazu, dass Millionen von Mädchen

Geht mit ihrer Topmodel-Show künftig neue Wege: Heidi Klum – hier vor ihrem Sinneswandel.
Bild: jingdianmeinv1 / flickr.com. Lizenz: CC BY-SA 2.0

lernen, ihren eigenen Körper zu hassen – das ist mittlerweile sogar wissenschaftlich belegt. Die Medienwissenschaftlerin Maya Götz ist in ihrer Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass bei jungen Mädchen, die meine Show sehen, die Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper gestiegen ist. Das kann so nicht weitergehen! Von jetzt an möchte ich mit meiner Show zu einem anderen Schönheitsideal beitragen. Feminismus ist seit einiger Zeit wieder im Kommen...Wir müssen ja auch an die Einschaltquote denken…

Was für ein Schönheitsideal schwebt Ihnen denn vor?

Ich denke da an kein besonderes Ideal. Wichtiger ist mir jetzt: Frauen sollen ihren Körper so akzeptieren können, wie er ist, und sich darin wohlfühlen.

Was bedeutet das konkret für die Show?

Ich will noch nicht alles verraten. Aber so viel kann ich sagen: Situationen wie in Staffel 12, als mein Kollege Thomas Hayo einer Kandidatin befohlen hat, ihre Achselhaare zu rasieren, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Ganz ehrlich: Achselhaare sind ein Zeichen von Weiblichkeit!

Ist das schon alles? Oder was ändert sich noch?

Auf die starke Konkurrenz wollen wir in Zukunft verzichten, weil wir finden, dass es wichtiger wäre zu lernen, wie man untereinander kooperiert und sich unterstützt. Wir werden auch darauf verzichten, die Kandidatinnen durch absurd-waghalsige Shootings gezielt an den Rand des Nervenzusammenbruchs zu bringen. In der neuen Staffel entscheiden die Kandidatinnen selbst, was sie anziehen, wann und auf welche Art und Weise sie sexy sein wollen.

Wird es denn wieder ein „Team Diversity“ geben?

Also edenfalls nicht so wie in der laufenden Staffel. Das war zwar schon ein erster Ansatz, aber ehrlich gesagt v.a. eine Marketing-Nummer – zwei Transgender-Models und ein paar Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund laufen mit, aber an der Gesamtlogik ändert sich nichts. Diesmal war Team »Diversity« nur eine der zwei Untergruppen und durch den Titel auch als was ganz besonderes herausgestellt. Dabei ist das eigentlich der Normalfall in der deutschen Gesellschaft. Die allerwenigsten Frauen entsprechen in allen Punkten der Norm. Wenn wir von „Vielfältigkeit“ reden, dann meinen wir das ab jetzt auch ernst. Es wird nicht mehr nur ein einziges vielfältiges Team geben. Außerdem wollen wir die Vielfältigkeit noch viel konsequenter in den Mittelpunkt stellen, Warum also nicht mal Plus-Size-Models? Natürlich könnte man jetzt fragen, ob es nicht auch mal männliche Kandidaten sein können, oder Personen, die sich keiner Geschlechterkategorie zugehörig fühlen. Das ist für die 14. Staffel auch in Planung. Sie wissen ja, ich bin immer für neue verrückte Ideen zu haben!

No Boys, but Rap

Tiefe Bässe, guter Rap und laute Töne

In Berlin starten die Vorbereitungen für das eintrittsfreie zweiwöchige Hip – Hop Festival im Spreestadion (ehemals O2 Arena). Für alle, die nun die Augen rollen:

Die Musik ist wesentlich mehr als ihr Image von Aggression und Gewalt. Ein kurzer Blick auf ihre Bedeutung lohnt sich: Hip-Hop wurde in den 1970er Jahren von afroamerikanischen MusikerInnen in den Bronx in New York entwickelt. Die Songs waren von der Lebensrealität der KünstlerInnen geprägt:

Rassistische Diskriminierung und sozialer Ausschluss fanden sich in den Texten wieder. Heutzutage ist Hip-Hop und die damit verbundene Subkultur weit verbreitet. Vieles ist Kommerz, aber die Musik bleibt wichtiges Ausdrucksmittel gesellschaftlicher Missstände. Doch das Genre hatte, gerade auch im deutschsprachigen Raum, ein massives Problem: Die Szene bestand überwiegend aus Männern, viele Texte waren frauenverachtend und homophob. Dies blieb lange Zeit unverändert.

Heute aber setzen sich immer mehr Menschen in ihren Texten kritisch damit auseinander und selbstbewusste Rapperinnen feiern international Erfolge. Und damit zum Anfang zurück: Das Berliner Festival steht unter dem Motto „International Feminist HipHop“ und wir können uns auf Großes freuen.

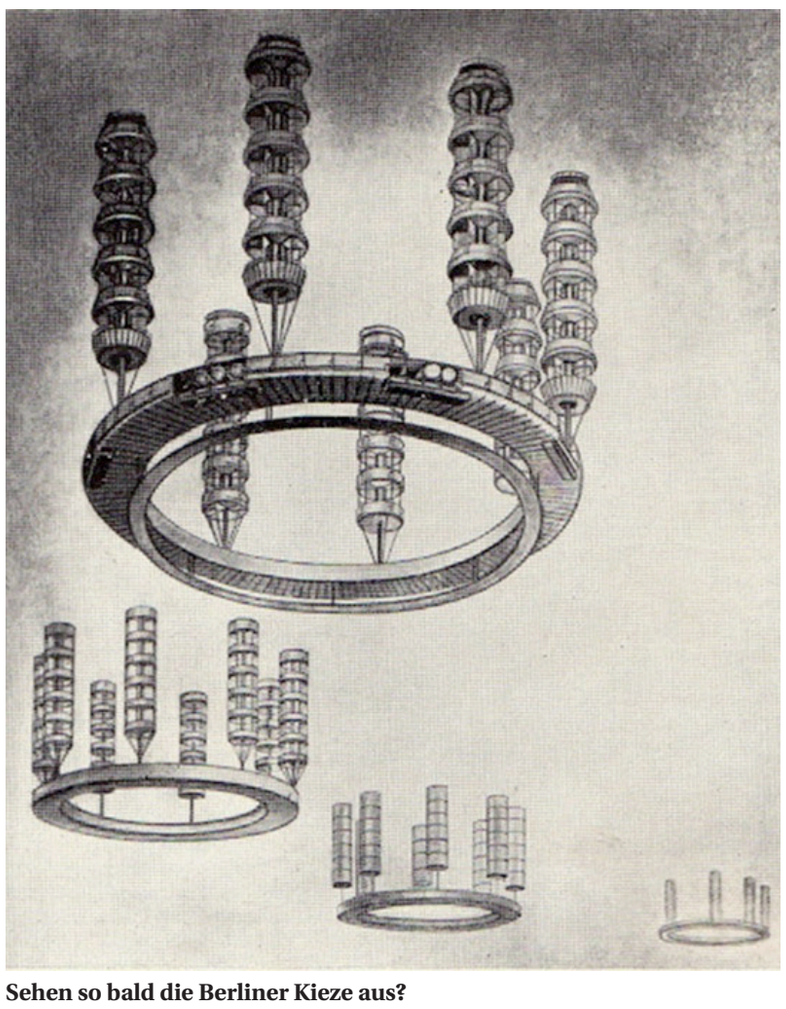
Das Berlin der Zukunft

Ausstellung zu gemeinschaftlicheren Wohnutopien

Von Mirko Hasel

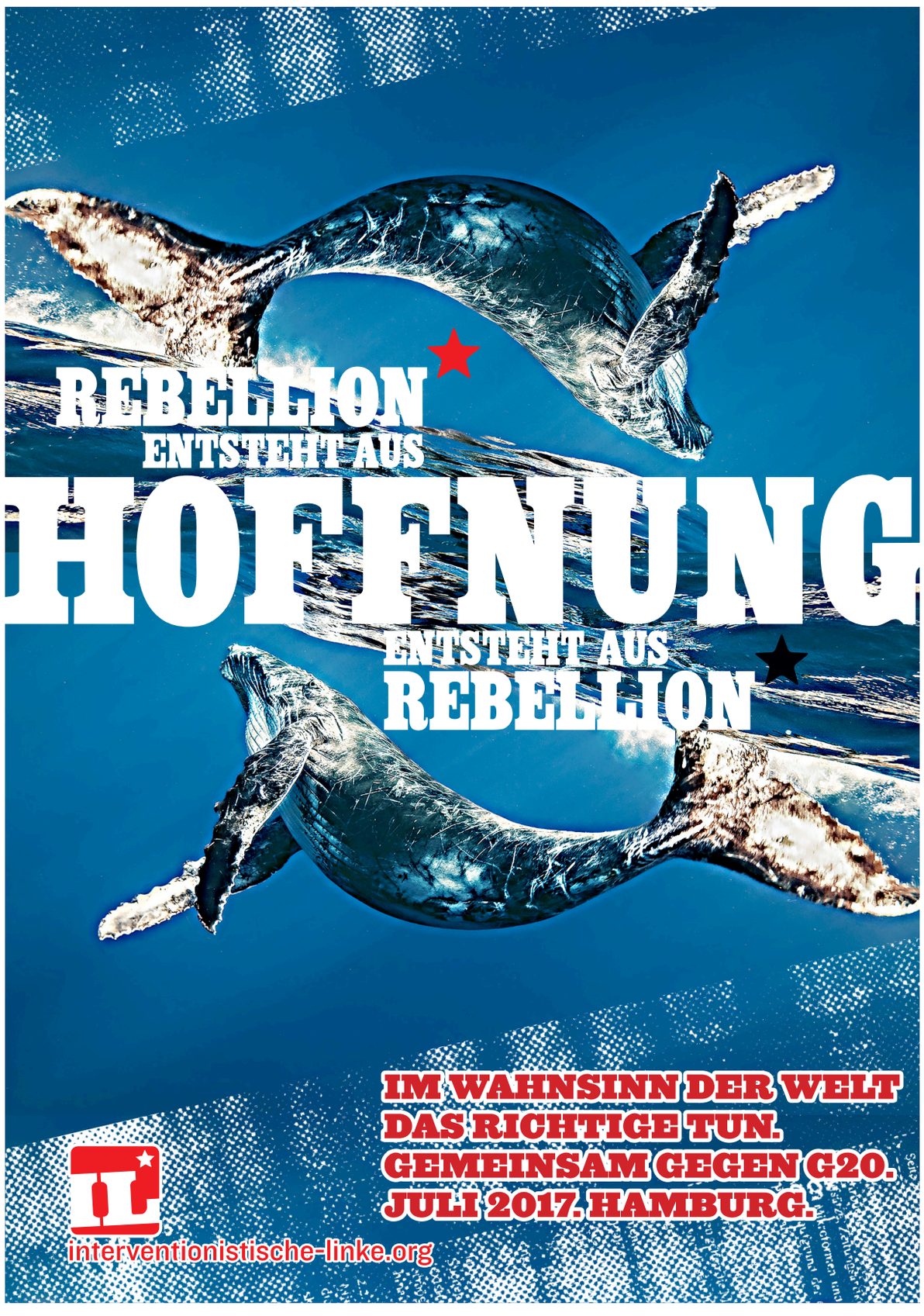
Zum Jubiläum der Russischen Revolution von 1917 eröffnet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen heute eine Ausstellung zu städtebaulichen Utopien in der frühen Sowjetunion. Erklärtes Ziel ist es, sich Anregungen für den geplanten kommunalen Wohnungsneubau zu holen. Im Mittelpunkt stehen Entwürfe für Kommunehäuser: Wohneinheiten, die auf ein gemeinschaftliches Wohnen ausgerichtet sind, um die Vereinzelung in der modernen Großstadt zu überwinden. Charakteristisch sind umfassende Gemeinschaftseinrichtungen wie Kantinen und Waschsalons, Gartenanlagen, Schwimmbäder und Bibliotheken. Deren Funktion besteht sowohl darin, den Aufwand für Hausarbeit zu reduzieren, als auch Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen. Im Zentrum der Ausstellung steht der Entwurf von Georgi Krutikow „Die Stadt der Zukunft“. 1928 reichte er ihn als Diplomarbeit an der Moskauer Kunst- und Technikhochschule ein. In Krutikows futuristischem Szenario finden Arbeit und Freizeit auf der Erde statt, das Wohnen hingegen in Wohnquartieren, die über ihr schweben. Diese bestehen aus einem fliegenden Ring, auf dem sich mehrere Wohntürme aufrichten. Im Ring selbst befinden sich die Gemeinschaftseinrichtungen. Die Wohntürme bestehen hingegen aus einzelnen Wohneinheiten, die mobil sind. Es sind fliegende Gefährte mit ausziehbaren Schränken. Sie können sich aus den Andockstellen der Wohntürme lösen und davonfliegen, etwa in eine andere Stadt. „Der Entwurf verbindet auf sehr elegante Weise die Idee des gemeinschaftlichen Wohnens mit dem Prinzip individueller Freiheit und Mobilität“, schwärmt Bausenatorin Katrin Lompscher. „Das Modell der fliegenden Stadt könnte außerdem in Zukunft das Raumproblem für den Neubau lösen“, fährt sie fort. Auf diese Weise ließen sich die Berliner Grünflächen erhalten und dennoch das ambitionierte Neubauprojekt realisieren. Ihr Ministerium habe bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Heikel könnte es hingegen bei der Frage der Energieversorgung werden. Krutikow hatte umfangreiche Energieberechnungen zur physikalischen Machbarkeit durchgeführt. Seine Hoffnungen beruhten 1928 noch auf der Kernenergie. Nach dem Atomausstieg ist das keine Option mehr. Allerdings haben auch die erneuerbaren Energien erhebliche Fortschritte gemacht. Mit entsprechenden Investitionen in Forschung und Entwicklung könnte dieses Problem bald gelöst werden, zeigt sich die Senatorin zuversichtlich. So bietet die Ausstellung auch für junge ArchitektInnen Raum, ihre Entwürfe zum Thema Wohnutopien vorzustellen. Besondere Aufmerksamkeit erhielten bei der Eröffnung die Werke eines Kollektivs aus Berlin, das anhand von Bürgerbefragungen verschiedene Modelle entwickelt hatte. Doch auch weitere beeindruckende Ideen sind zu begutachten.

Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich in jedem Fall. Kommt und seht selbst.



Sehen so bald die Berliner Kieze aus?

ANZEIGE



Vermischtes

NACHRICHTEN

Rechte wollen in Berlin demonstrieren

Am 17.06 plant die „Identitäre Bewegung“ eine Demonstration in Berlin-Mitte.

Ihren Ursprung hat die rechtsextreme Organisation in Frankreich. Doch die aus jungen Mitgliedern bestehende Gruppe versucht, sich europaweit zu etablieren. Ihr Ziel ist es, rechtes Gedankengut in die Gesellschaft zu tragen und salonfähig zu machen. Sie missachten kategorisch die Rechte von Frauen und sie bekämpften alle Lebensformen, die nicht ihrem traditionellen und veralteten Geschlechterbild entspricht. Außerdem hetzen sie gegen AusländerInnen und versuchen das mit ihrer für sie so wichtigen „Identität“ zu legitimieren. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sie auch vor gewaltvollen Übergriffen nicht zurückschrecken. Es gibt ausgeprägte Verbindungen zur AfD und anderen rechtsextremen Gruppierungen.
Die letzten Jahre fand die Demonstration in Wien statt, doch dieses Jahr ist Berlin ihr erklärtes Ziel. Viele Organisationen wollen es nicht unkommentiert lassen, wenn Neofaschisten in ihrer Stadt vor haben zu marschieren. Sie rufen zu Gegenprotesten auf. Möglichkeiten, sich zu beteiligen, werden in Kürze bekannt gegeben.

„Marsch für das Leben?“ What the Fuck!

Er liegt zwar noch in einiger Ferne, aber Sie sollten sich auf jeden Fall jetzt schon den 16. September im Kalender markieren. An diesem Tag finden die Gegenproteste zum „Marsch für das Leben“ in Berlin statt. Der „Marsch für das Leben“ wird von erzkatholischen und christlich-fundamentalistischen Personen aus der sogenannten „Lebensschutz-Bewegung“ organisiert. Diese Bewegung demonstriert jedes Jahr deutschlandweit zu mehreren Tausend gegen das Recht auf Abtreibung. Das Bündnis „What the Fuck“ lädt dazu ein, gegen den „Marsch für das Leben“ auf die Straße zu gehen. Denn die LebenschützerInnen werden zunehmend einflussreicher und gefährlicher: Unter dem Deckmantel des sogenannten „Lebensschutzes“ fordern sie ein vollständiges Abtreibungsverbot und gehen damit gegen die Selbstbestimmung über den eigenen Körper vor. Außerdem hetzen sie gegen homosexuelle Menschen und alle anderen, die nicht in ihr Geschlechter- und Familienbild passen. Zudem gibt es starke Überschneidungen zur Partei „Alternative für Deutschland“ und zu rechtsextremen Kreisen. Das kann ein demokratisches Berlin nicht einfach hinnehmen.

https://whatthefuck.noblogs.org

ALLERLETZTES

Ende Gelände

Im Herbst 2017 finden die internationalen Klimaverhandlungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Bonn statt. Doch direkt nebenan im rheinischen Kohlerevier, Europas größter CO2-Quelle, wird weiter der klimaschädlichste Energieträger abgebaut und verfeuert. Deutschland ist Weltmeister bei der Förderung des Klimakillers Braunkohle. Um katastrophale Folgen des Klimawandels zu verhindern, muss die Kohle im Boden bleiben. Die Klimabewegung möchte vom 24. – 29. August 2017, während des Klimacamps und im November während des UN-Klimagipfels, im Rheinischen Braunkohlerevier ein deutliches Zeichen für Klimagerechtigkeit setzen – mit weiteren Aktionen zivilen Ungehorsams. Ganz nach dem Motto: „Kohleausstieg ist Handarbeit“ sind viele unterschiedliche Aktionen geplant. Es werden noch Menschen gesucht, die bereit sind, sich für ein paar Tage in weiße Schutzanzüge zu stopfen und Lust haben, mit Baggern zu spielen. Dabei spielt es keine Rolle, ob man schon Erfahrungen hat mit Protesten oder nicht. Alle können mitmachen. Mehr Informationen unter:

www.ende-gelaende.org

Filmtipp: „Berlin Rebel Highschool“

Seit 1973 gibt es die Schule für Erwachsenenbildung in Kreuzberg, jetzt gibt es endlich einen Film über das Lernen ohne Angst.
Für den Dokumentarfilm „Berlin Rebel Highschool“ begleitet Alexander Kleider eine Gruppe von Jugendlichen zwei Jahre durch ihren Schulalltag an einer Schule, die ganz anders ist. Hier gibt es keine Noten und keinen Direktor, dafür Raum für Diskussionen. Kleider lässt seine ZuschauerInnen Teil haben, wie die SchülerInnen die Freude am Lernen wiederentdecken und sich mit der Angst zu Scheitern auseinandersetzen. Dabei wird klar: Wer hier zur Schule geht ist Teil eines kollektiven Projekts und muss Verantwortung übernehmen. Gemeinsam putzen SchülerInnen und LehrerInnen die Klassenräume und die Toiletten. Keine Hierarchien bedeutet hier, dass alle zupacken müssen. Kleider, der selber vor vielen Jahren Schüler an der SFE war, sieht die Schule als eine Alternative zum deutschen Bildungssystem: „Niemand zwingt die Schüler, ihr Leben zu verändern, niemand setzt sie unter Druck oder kontrolliert sie.“ Der Film zeigt wie alles anders sein kann. „Berlin Rebel High School“ zeigt aber auch, dass es nicht ohne Arbeit geht.

Seit Mai in den Kinos.

Wie im Sandkasten: einfach mal einen Bagger besetzen... Ende Gelände 2016 in der Lausitz Foto: Break Free / Tim Wagner / flickr.com / CC BY-NC 2.0

Über den Dächern Berlins: ein Glitzern!

Warum Berlin nun Klimahauptstadt ist. Im Gespräch mit Mao Luder-Litze – dem Urgestein der Klimabewegung

Mao Luder-Litze setzt sich seit vielen Jahren für eine sozial-ökologische Transformation ein. Er war aktiv in der Klimabewegung, sowohl als theoretischer Wegbereiter als auch unmittelbar in Aktionen zivilen Ungehorsams in diversen Kohlerevieren. Bella Luft *Berliner Morgenrot* traf sich mit ihm, um über fehlende rote Sonnenuntergänge zu sprechen und wie es dazu kam, dass sich Berlin mittlerweile stolz Klimahauptstadt nennen kann.

Früher kannten wir Berlin vor allem als arm, dreckig aber sexy – und nicht gerade als Hochburg der Umweltbewegung. Heute kommen StadtplanerInnen aus der ganzen Welt hierher, um von Berlin zu lernen. Wie kam es dazu – wie wurde alles besser?

Naja. Nicht alles. Damals gab es noch diese wunderschönen Sonnenuntergänge, eine brillanten Kombination von gelb, rot und orange. War nur leider das Resultat der Tatsache, dass Berlin damals eine der höchsten Feinstaubbelastungen deutscher Großstädte hatte.

Danke, dass Du uns an Deinen Erinnerungen teilhaben lässt, Opa. Aber was unsere LeserInnen wissen wollen ist: was habt Ihr damals gemacht, um das zu ändern?

Ich glaube, der Sommer 2017 war der Wendepunkt. Damals sahen wir uns einem massiven Rechtsruck ausgesetzt, linke Bewegungen und Parteien schienen zu schwächeln, wir hatten das Gefühl, tief in der Scheiße zu stecken. Dann ging es plötzlich Schlag-auf-Schlag. Zuerst kamen die G20-Proteste in Hamburg. Das setzte ein Zeichen, dass linke und ökologisch gerechte Alternativen realistisch und durchsetzbar sind. Kurz nach den G20, ich glaube, es war im August, hatte die Anti-Braunkohle-Kampagne Ende Gelände eine große Aktion im Rheinland geplant. Zu diesem Zeitpunkt war Deutschland der weltweit führende Produzent von Braunkohle, dem dreckigsten aller Energieträger. Da tauchten statt der erwarteten 5.000 Leute sage und schreibe 20.000 Menschen auf, und legten für eine ganze Woche das rheinische Braunkohlerevier lahm. Als dann bei der Bundestagswahl die Rechten baden gingen, und eine Mitte-Links Regierung an die Macht kam, stand diese unter enormem Druck der Klimabewegung, einen schnellen Kohleausstieg zu verabschieden, wozu es dann auch kam.

Schön und gut. Aber Berlin?

In Berlin gab’s gleich mehrere Auseinandersetzungen. Zuerst die um das Stromnetz: seit Jahren hatten mehrere Bewegungen auf rechtlichem Wege dafür gekämpft, das Stromnetz zu ‚rekommunalisieren‘. Ich weiß, das ist heute kaum noch vorstellbar: damals waren die Stromnetze doch tatsächlich in privater Hand. Man war wirklich der Meinung, dass es das Beste für alle wäre, wenn einige wenige Konzerne die Macht über die Energieversorgung besitzen. Mit dem Druck riesiger Proteste wurde dann aber die Rekommunalisierung durchgesetzt. Schwierig war das auch mit der energetischen Gebäudesanierung: Die Situation war so: wir Klima-AktivistInnen hatten Angst, dass wir in einen Konflikt geraten weil wir die Gebäudesanierung aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive heraus echt notwendig finden. Damit wurden aber auch oft Mietsteigerungen gerechtfertigt. Die Lösung: Durch die Rekommunalisierung eines Großteils der Wohnungen, konnte eine energetische Sanierung von Wohnungen besser umgesetzt werden. Die Kosten der Sanierung erfolgte durch eine Art ‚Kurtaxe‘, gepaart mit Einnahmen aus einer Vermögenssteuer. Heute sind fast alle Häuser in Berlin energetisch saniert, und die meisten haben oben auf den Dächern Solarmodule. Manchmal denke ich, das Glitzern über den Dächern Berlins versöhnt mich ein Bisschen mit dem Verschwinden der roten Feinstaubsonnenuntergänge…

Solarpanels über Berlin

HOROSKOP unseres Mediums *Largie Bullschiet*

Meerjungfrau / 21.01.-19.02.

Du schwimmst in diesen Tagen durch das neue (rote) Berlin und bist im puren Glück! Deine positive Ausstrahlung wirkt sich anregend auf Deine Umgebung aus. Vielleicht triffst Du bald Dein neues Herzblatt, mit dem Du in die nicht mehr ganz so roten Sonnenuntergänge (wegen weniger Feinstaub) davonsegeln kannst..

Vögel / 20.02.-20.03.

Der extrasolare Planet PSR B1257+12 ermuntert Dein Streben nach luftigen Höhen. Hier ergeben sich verschiedene Möglichkeiten: strebst Du nach Höherem in Deinem Betrieb und lässt Dich als Betriebsrat wählen oder kletterst Du mit der Solarenergie-Brigade auf die Dächer, um bei der Installation von Solarmodulen zu helfen? Alles ist möglich!

Einhorn / 21.03.-20.04.

Der Komet Tschurjumow-Gerassimenko lässt Dein Blut wallen. Dich überkommt eine tiefe Sehnsucht große Mengen an Glitzer in die Welt hinauszustreuen. Die Welt muss glitzern und bunt sein – das ist Dein Motto. Vielleicht verschonst Du die gemeinschaftlichen Gemüsebeete in Deiner Nachbarschaft. Dann erntest Du sicherlich die ein oder andere Tomate.

Milchkuh / 21.04.-20.05.

Die Sterne flüstern es Dir zu: Milch gehört in die Milchstraße und nicht in den Kuchen. Gehe dem Gefühl nach und Du wirst Dich mit einem Berg leckerer veganer Kuchen vor einem der besetzten Häuser in der Nachbarschaft wiederfinden. Die neuen Bekanntschaften werden eine unbekannte Seite in Dir wecken: Rebellion.

Einzelkind / 21.05.-21.06.

Dein Gefühl der Einsamkeit verstärkt sich mit dem zunehmenden Marsmond Deimos. Anfang Juli in Hamburg wird dieses Gefühl schlagartig verschwinden. Mit Tausenden feierst Du das Ende der G20.

Hummer / 22.06.-22.07.

Dein Motto für die kommende Mondscheinnacht ist: „Lieber ein Hummer in der Tasche, als ein Krebs am Sack.“ Sprich: pack einen Picknickkorb und nutze die günstige Stunde, mit Deinen Nachbarn oder wildfremden Menschen auf der nun freien Stadtautobahn eine Party zu schmeißen. Du wirst Erstaunliches erleben!

Tiger / 23.07.-23.08.

Die Laufbahn des Sterns Cervantes entwickelt sich vielversprechend: Gleich seinem Planeten Quijote rennst Du nicht mehr gegen Windmühlen an. Du lässt Dich treiben. Durch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 20 Stunden hast Du ja nun auch die Zeit. Enjoy...

Alter Mann / 24.08.-23.09.

Das schwarze Loch Sagittarius A* stellt in den kommenden Tagen Deine Laune auf eine harte Probe. Dagegen hilft nur eins: raus aus der Wohnung und suche Dir ein cooles Partykollektiv, dass die Nacht zum Tag macht. Ganz nach dem Motto: If I can‘t dance, I don‘t want to be part of your revolution.

Wagen / 24.09.-23.10.

In den vergangen Monaten hat Dich der Verlust Deines Autos sehr geschmerzt. Nun kommt das Gefühl der Befreiung zu Geltung: all die Sorgen um die nächste Reparatur, steigende Benzinpreise, Suche nach einem Parkplatz – wie weggeblasen. Selbst dem BVG-Slogan #weilwirdichlieben kannst Du nun etwas abgewinnen: kostenlos durch die Stadt fahren wird Dein neues Hobby. BVG, ick lieb Dir och.

Honigbiene / 24.10.-22.11.

Ab Ende Juni ergeben sich neue Möglichkeiten, Deinen Drang zu helfen auszuleben. Die Solidarity City-Kiezgruppe braucht Unterstützung beim Infostand zur anonymen Gesundheitskarte. Die Arabischkenntnisse, die Du mit Deinem berühmten Fleiß aufgefrischt hast, kommen Dir hier zugute.

Hippie / 23.11.-21.12.

Die Konstellation des Planeten cz24-Y ist extrem gut. Deine Energieströme fließen und Du spürst, dass die Zeit reif ist, Deine Sperrmüllsammlung aus dem Treppenhaus aufzulösen und sie in eine Verschenke-Ecke umzuwandeln.

Murmeltier / 22.12.-20.01.

Deine neugierige Art kommt Dir in den nächsten Tagen zugute. Geh doch mal auf eine der neuen Kiezversammlungen. Du wirst dort eine interessante Bekanntschaft machen.